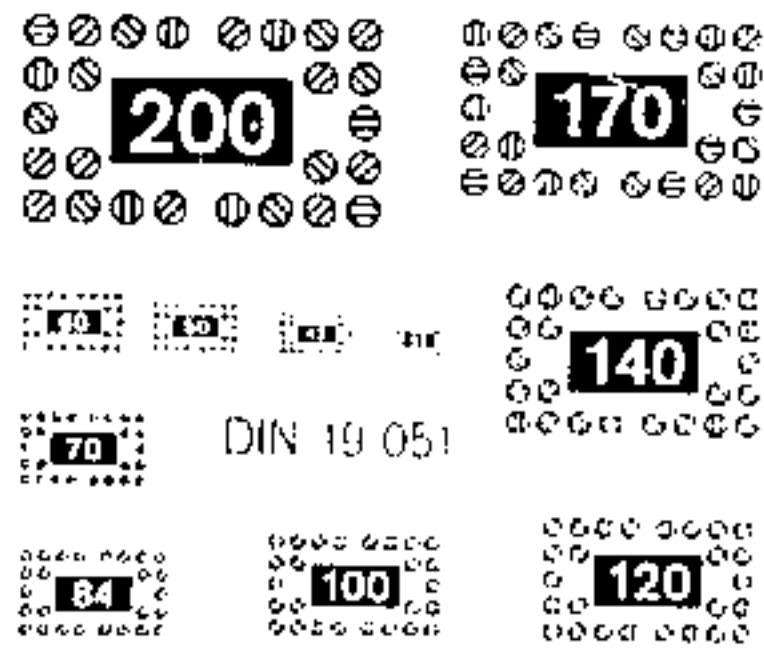
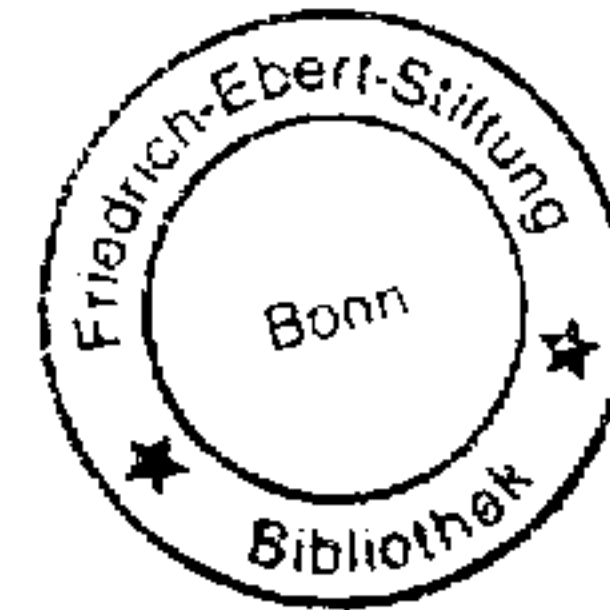


GRUNDSATZE  
SOZIALDEMOKRATISCHER  
WEHRPOLITIK





**Grundsätze  
sozialdemokratischer  
Wehrpolitik**

**A 97 - 07696**

Herausgeber: Vorstand der SPD Bonn

Umschlag-Entwurf: Eilgard Richter

Druck: Oberfränkische Verlagsanstalt und Druckerei,  
Hof/Saale, Marienstr. 75

5 - 67 A 4 - 10

# Inhalt

	Seite
Vorwort . . . . .	5
Fritz Erler: Opposition und Wehrbeitrag . . . . .	7
„Deutschland und Europas Sicherheit“ EntschlieÙung des Karlsruher Parteitages . . . . .	13
Aus der Rede Fritz Erlers am 24. Nov. 1964 . . . . .	21
„Zur Lage der Bundeswehr“ EntschlieÙung des Karlsruher Parteitages . . . . .	24
Helmut Schmidt: Was fehlt der Bundeswehr? . . . . .	35
„Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen“ Auszug aus der EntschlieÙung des Dortmunder Parteitages . . . . .	44
Aus der Rede Helmut Schmidts am 3. Juni 1966 . . . . .	47
Karl Wienand: „Zum Problem der atomaren Mitbestimmung“ . . . . .	57
Aufgaben einer neuen Bundesregierung . . . . .	60
Helmut Schmidt zu aktuellen wehrpolitischen Fragen . . . . .	65

# Vorwort

zur 2. Auflage

Die erste Auflage der „Grundsätze sozialdemokratischer Wehrpolitik“ ist seit Herbst 1966 vergriffen. 45 000 Exemplare wurden bisher verteilt. Das Interesse von Bundeswehr und Öffentlichkeit an den „Grundsätzen sozialdemokratischer Wehrpolitik“ ist weiterhin sehr rege. Der Parteivorstand der SPD hat sich daher zu einer neuen Auflage entschlossen, die auf den neuesten Stand gebracht wurde. Neu aufgenommen wurden Auszüge aus der EntschlieÙung des Dortmunder Parteitages im Juni 1966 „Deutschlandpolitik unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen“, aus neueren Reden und Aufsätzen führender sozialdemokratischer Politiker, sowie aus dem Acht-Punkte-Programm der SPD, das die Grundlage für die Regierungsverhandlungen im Herbst 1966 bildete. Um die Broschüre nicht zu umfangreich werden zu lassen, waren Kürzungen der Reden und Debatten zu den EntschlieÙungen des Karlsruher Parteitages unvermeidlich.

Die Auffassungen meiner Partei zur „Lage in der Bundeswehr“ haben sich seit Karlsruhe in ihren Grundzügen nicht geändert. Die Führungskrise der Bundeswehr im Sommer 1966 hat diese Auffassungen bestätigt. Weiterentwickelt hat sich vor allem unsere Einstellung zur nuklearen Problematik im Bündnis und zu einer kooperativen Politik in Europa als wesentliche Voraussetzung für zukünftige Lösungen der deutschen Frage. Nach unserer Auffassung liegen hier die beiden Hauptelemente, die ein Neudurchdenken der Aufgabenstellung für die Bundeswehr notwendig machen. Es ist jetzt zunächst Sache der Bundesregierung, sich zu diesem

Thema bald vor Parlament und Öffentlichkeit zu äußern, wie ich es in der Debatte zur Regierungserklärung am 15. Dezember 1966 gefordert habe.

10. Januar 1967



(Helmut Schmidt)

Fritz Erler:

## Opposition und Wehrbeitrag

Auszug aus einem Aufsatz in  
„Armee gegen den Krieg“<sup>1)</sup>

Zwei Dinge müssen auseinandergelassen werden: Das eine ist der Kampf der SPD gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland in der Form, wie sie von der Regierung konzipiert und 1955 von der Mehrheit des Bundestages gegen die Stimmen der SPD angenommen wurde. Die Gründe für unsere Ablehnung habe ich im vorausgegangenen Abschnitt dargelegt. Das andere ist unsere Haltung zur Bundeswehr, nachdem sie nach demokratischen Spielregeln beschlossen und dann im Entstehen begriffen war. Wer beide Fragen auch heute noch nicht zu trennen vermag, argumentiert entweder gegen besseres Wissen oder aus Unkenntnis der historischen Abläufe.

Es wird häufig behauptet, die SPD sei auch nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO und zur WEU gegen die Landesverteidigung und gegen die Soldaten überhaupt gewesen. Das beweise z. B. ihre Ablehnung der ersten Grundgesetz-Änderung, welche die Zuständigkeit der Bundesregierung für die Verteidigung und die allgemeine Wehrpflicht für Männer verfassungsrechtlich regelt. Den Vergeßlichen muß ins Gedächtnis zurückgerufen werden, daß diese Grundgesetzergänzung vom 26. März 1954 datiert, einem Zeitpunkt, an dem es noch keine ratifizierten Verträge gab, also Form und Inhalt einer Wiederbewaffnung noch völlig ungewiß waren. Deshalb stimmten wir gegen diese Grundgesetz-

<sup>1)</sup> Hrg. von Wolfram von Raven, Seewald-Verlag: Stuttgart 1966

ergänzung, vor allem gegen das damit geschaffene Präjudiz der allgemeinen Wehrpflicht.

In diesem Zusammenhang bedarf es noch eines kurzen Hinweises auf die damalige Debatte „Wehrpflicht oder Freiwilligen-Armee“. Entgegen ihrer geschichtlichen Tradition des 19. Jahrhunderts hielt die Sozialdemokratische Partei in der besonderen Lage der Bundesrepublik – wenn die Wiederbewaffnung nicht zu vermeiden war – ein Freiwilligenheer für die zweckmäßigste Lösung. Einmal warf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik besondere politische Probleme und Staatsrechtsfragen für das gesplante Deutschland auf, zum anderen erschien eine Berufsarmee auf Grund der zunehmenden Technisierung moderner Streitkräfte und ihres großen Bedarfs an hochqualifizierten Spezialisten als die bessere Lösung. Diese Debatte wurde zunächst mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Grundgesetzänderung vom März 1954 beendet, jedoch ist das Problem des Spezialistenmangels in allen modernen Armeen vorhanden. Der wachsende Bedarf an langdienendem Personal bei weiter zunehmender Technisierung hat diese Debatte in den USA und in Frankreich in jüngster Zeit wieder neu belebt. Der Spezialistenmangel in der Bundeswehr wird auch bei uns in absehbarer Zeit zu einem Neudurchdenken dieser Frage führen müssen.

Doch zurück zur ersten Grundgesetzänderung vom März 1954: Mit dieser Verfassungsänderung allein hätte die Bundesregierung – wenn die internationale Lage es zugelassen hätte – auch eine deutsche Nationalarmee schaffen können, und zwar ohne jede weitere Verfassungsänderung, welche den Standort der Streitkräfte im Gefüge von Staat und Gesellschaft erst noch zu regeln und die Formen der politischen Kontrolle endgültig festzulegen hatte. Solange diese Fragen jedoch nicht verfassungsrechtlich geregelt waren, weigerte sich die SPD, irgendwelchen anderen einfachen Gesetzen zuzustimmen, die ohne verfassungsrechtliche Grundlage



Voraussetzungen für den Aufbau der Streitkräfte schaffen sollten. Die Sozialdemokratische Partei stimmte daher auch am 28. Juli 1955 im Bundestag gegen das „Freiwilligen-Gesetz“. Erst mit der zweiten Grundgesetzergänzung vom 19. März 1956 fanden die Fragen der Eingliederung der Bundeswehr in die demokratische Grundordnung und die Form der politischen Kontrolle der Streitkräfte eine verfassungsrechtlich ausreichende Regelung. Die SPD stimmte dieser Verfassungsergänzung nicht nur zu; diese war vielmehr auf ihre Initiative und weitgehend nach ihren Vorstellungen entstanden.

Auf ihre Forderung geht die Klärung des Begriffs „Oberbefehl“ und die Zusammenfassung und Übertragung der Befehls- und Kommandogewalt auf den politisch verantwortlichen Minister, im Verteidigungsfall auf den Bundeskanzler, zurück. Auf ihre Anregung wurde der Verteidigungsausschuß als ständiger Parlamentsausschuß geschaffen, und die SPD setzte es durch, daß nicht nur der Verteidigungshaushalt global, sondern in seinen Einzelplänen und Stellenplänen im Parlament verabschiedet werden muß.

Schließlich und vor allem aber ging es ihr um den Schutz der Soldaten und die Erhaltung der auch ihnen als Staatsbürger zustehenden Grundrechte. Bereits in der Debatte am 26. Februar 1954, als die ersten Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes diskutiert wurden, sagte ich folgendes: „Und dann geht es um den Schutz des Soldaten, also dessen, der einmal in den Streitkräften dienen wird. Hier kommt es nicht darauf an, daß Sie ihm schöne Deklamationen beschenken – davon hat er nichts –, sondern hier müssen wir auch von Anfang an Sicherungen in das Gesetz einbauen, das nun einmal die Freiheit und die Menschenrechte des Staatsbürgers zu schützen berufen ist, nämlich unser Grundgesetz...“ Wir forderten, daß in einem besonderen Gesetz, dem späteren Soldatengesetz, für jedes einzelne Grundrecht klar zu definieren sei, wann und in welchem Umfange es für den Soldaten aus mili-

*Willy Brandt und Fritz Erler † im Gespräch mit Oberst Manns (rechts hinter Fritz Erler: Professor Carlo Schmid)*

tärischer Notwendigkeit eingeschränkt werden könne. Und schließlich war es die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, die das Amt eines Wehrbeauftragten nach schwedischem Muster zum Schutze der staatsbürgerlichen Rechte des Soldaten vorschlug und durchsetzte.

Mit dem weiteren Aufbau der Bundeswehr kam eine Fülle von Problemen auf das Parlament zu. Um die parlamentarische Kontrolle besser durchführen zu können, wurde ebenfalls am 19. März 1956 von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion der Antrag auf Einsetzung von Unterausschüssen des Verteidigungsausschusses eingebracht. Diesem Antrag wurde kurze Zeit später stattgegeben. Es wurden vier Unterausschüsse für die Sachgebiete Haushalt, Führung, Beschaffung und Infra-Struktur ins Leben gerufen. Wenige Monate später wurden diese Ausschüsse allerdings auf Antrag der Regierungsparteien wieder aufgelöst. Wer die vielen Schwierigkeiten und Probleme kennt, die seitdem gerade auf diesen vier Gebieten aufgetreten sind, kann die Auflösung heute nur bedauern. Der Bundeswehr hätte auf vielen Gebieten durch diese Ausschüsse geholfen werden können.

Auch mit einem anderen Vorschlag konnten sich die Sozialdemokraten nicht durchsetzen, nämlich den Verteidigungsminister an das Vertrauen des Parlaments zu binden. Wäre man dieser Anregung meiner Partei gefolgt, so hätte die Spiegel-Affäre kaum den Rücktritt der gesamten Regierung zur Folge haben müssen. Bei diesem Vorschlag kam es der SPD vor allem darauf an, den Verteidigungsminister zu zwingen, sich auch um das Vertrauen der parlamentarischen Minderheit zu bemühen, denn wir wollten, daß die Bundeswehr eine breite Basis des Vertrauens nicht nur im Parlament, sondern in der gesamten Bevölkerung besitzen sollte. Rückblickend meine ich, daß sich auch hier feststellen läßt, daß die Annahme dieses Vorschlages der SPD der Bundeswehr bei der Lösung mancher dringenden Frage, vor allem auf den Gebieten der Materialbeschaffung

und des Personals, hätte nützlich sein können, die bis heute noch ungelöst vor ihr steht.

Es wird häufig behauptet, der Umschwung zu einer positiven Haltung der SPD zur Bundeswehr habe erst 1959 mit der Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingesetzt. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Wer sich die Zeit nimmt, die Parlamentsdebatten zwischen 1956 und 1959 noch einmal nachzulesen, wird feststellen müssen, daß die SPD sich in diesen Jahren — also vor dem Godesberger Grundsatzprogramm — in besonderem Maße um die feste Eingliederung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft, um eine durchsichtige, die parlamentarische Kontrolle erleichternde Organisation des Bundesverteidigungsministeriums, um eine zweckmäßige Ausstattung und Bewaffnung bemüht hat, welche die Truppe voll einsatzfähig machen, aber den finanziellen Rahmen des Staatshaushaltes nicht sprengen sollten.

Sie hat in besonderem Maße dem Disziplinar- und Militärstrafrecht zu modernen Formen verholfen. Die ersten Entwürfe der Regierung gingen in manchen Fragen noch von völlig antiquierten Vorstellungen aus. So sah z. B. der erste Entwurf des Wehrstrafgesetzbuches und der Wehrdisziplinarordnung den Vollzug von strengem Arrest mit Kostschmälerung und hartem Lager vor. Ein besonders gutes Verhältnis verband die Sozialdemokratische Partei von Beginn an mit jenen fortschrittlichen Offizieren, die mit Unterstützung von Parlamentariern aller Parteien und der Öffentlichkeit die Leitsätze einer modernen Menschenführung formulierten, die heute unter dem Stichwort „Innere Führung“ bekannt sind. Dies alles geschah vor der Verabschiedung des Godesberger Programms.

Das Godesberger Grundsatzprogramm selbst folgt in Fragen der Landesverteidigung der seit langem entwickelten Linie der SPD: „Die Sozialdemokratische



Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung. Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands gemäß sein und daher die Grenzen wahren, die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksame kontrollierte Abrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes.“

Richtig ist aber, daß die Sozialdemokratische Partei nach Abschluß der ersten Aufbauphase der Bundeswehr etwa 1960 damit begann, sich innerhalb der Parteigliederungen sehr intensiv allen Fragen der Bundeswehr und der Wehrpolitik als Ganzem zu befassen. Die ersten wehrpolitischen Informationstagungen wurden abgehalten, zu denen auch regelmäßig Soldaten aller Dienstgrade der Bundeswehr eingeladen wurden und die heute einen festen Platz in der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und SPD haben. Diese wehrpolitische Breitenarbeit der SPD hat vor allem in den letzten beiden Jahren ihre Früchte getragen. Die Truppe weiß heute, daß die Sozialdemokraten ihre Sorgen und Nöte kennen und bereit sind, sich für alle Fragen einer modernen Führung, Ausrüstung und Ausbildung, vor allem aber für alle Fragen der Fürsorge im Interesse der Einsatzbereitschaft der Truppe und des einzelnen Soldaten einzusetzen.

Auf dem Karlsruher Parteitag der SPD im November 1964 wurden in der einstimmig angenommenen EntschlieÙung „Zur Lage der Bundeswehr“ die bisherigen Erfahrungen zusammengefaßt. In dieser EntschlieÙung hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Aufbauarbeit, die von allen Angehörigen der Bundeswehr, gleichgültig, ob in Uniform oder Zivil, geleistet wurde, anerkannt und ihre eigenen Vorstellungen entwickelt, wie die noch vorhandenen Schwächen beseitigt werden können.

## „Deutschland und Europas Sicherheit“

EntschlieÙung des Karlsruher Parteltages  
23. - 27. November 1964

1. Die Bundesrepublik Deutschland muß unbeirrt gleichzeitig drei außen- und sicherheitspolitische Ziele verfolgen, von denen keines hinter die anderen zurücktreten darf: Die Bewahrung des Friedens, die Sicherung der Freiheit und die friedliche Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk, das nur mit der Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit verwirklicht werden kann.
2. Diese Ziele können nur durch ein Höchstmaß an Zusammenwirken der demokratischen Kräfte im freien Teil Deutschlands erreicht werden. Die Solidarität anderer kann nur gewinnen, wer sie im eigenen Lande praktiziert. Deshalb muß jedem Versuch, die Außenpolitik wieder zum Schlaginstrument für innenpolitische Machtkämpfe zu machen, entschlossen begegnet werden.
3. Das wirksamste Mittel, die genannten Ziele deutscher Politik gleichzeitig zu fördern, ist eine erfolgreiche Abrüstungspolitik. Solange das Wettrüsten unbegrenzt weitergeht und damit die beiden Teile Deutschlands in opponierenden weltpolitischen Machtkonstellationen einander gegenüberstellt, ist die Spaltung Deutschlands nicht zu überwinden. Fortschritte in der Abrüstung bringen aber nicht automatisch die Wiedervereinigung Deutschlands. Ein Versagen der deutschen Politik könnte auch dazu führen, daß Abrüstungsvereinbarungen auf der Voraussetzung der Fortdauer der deutschen Teilung getroffen würden. Deshalb muß die deutsche Politik

in die internationale Abrüstungsdiskussion eingreifen und sie so durch deutsche Gedanken fördern, daß Fortschritte in der Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen auch zu Fortschritten in der Lösung der deutschen Frage führen und keinesfalls die Spaltung unseres Landes verhärten. Dauerhafte Sicherung des Friedens ist nur möglich durch Überwindung des Wettrüstens und Auflösung der dem Wettrüsten zugrundeliegenden weltpolitischen Spannungen, also auch durch Überwindung der Teilung Deutschlands. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekräftigt ihren Standpunkt, daß Schritte zur Abrüstung das weltpolitische Gleichgewicht nicht gefährden dürfen und zur Sicherheit aller Teilnehmer eines Abrüstungsabkommens angemessen kontrolliert werden müssen. Der Parteitag begrüßt die klare Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in diesen Fragen und fordert erneut, daß endlich ein Abrüstungsamt im Bereich der Bundesregierung geschaffen wird, damit die Bundesrepublik Deutschland wirksamer als bisher an der internationalen Abrüstungsdiskussion teilnehmen und deutsche Vorschläge beisteuern kann.

4. Solange und soweit internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht wirksam sind, bleibt die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere des Landes Berlin abhängig von der Fähigkeit der Atlantischen Gemeinschaft, die Territorien aller Partner zu verteidigen. Dazu ist Aufgabenteilung unter den Partnern zweckmäßig und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen konventionellen und atomaren Verteidigungswaffen notwendig.

Die Interessen des deutschen Volkes können weltpolitisch nur in engster Solidarität mit allen Staaten der Atlantischen Gemeinschaft wahrgenommen werden. Die Bundesrepublik Deutschland muß daher auch ihren Beitrag zu dieser Solidarität leisten und treu zu den vertraglich eingegangenen Verpflichtungen stehen.

Nur eine Stärkung des politischen Zusammenhalts der Verbündeten kann bessere Ausgangspositionen für ein weltpolitisches Gespräch auch über die deutsche Frage schaffen. Zu dieser Stärkung gehört die Überwindung der derzeitigen Schwierigkeiten innerhalb des Bündnisses. Die Sicherheit Europas verlangt angesichts der Reichweiten und der Kosten moderner Waffensysteme eine enge Verflechtung des amerikanischen Verteidigungspotentials mit dem europäischen.

Eine solche Verflechtung auch auf atomarem Gebiet würde die beste Gewähr dafür bieten, die weitere Ausdehnung der nationalen Verfügungsgewalt über atomare Waffen zu verhindern. Deshalb hält der Parteitag eine von möglichst vielen Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses getragene Gemeinschaftslösung der atomaren Verteidigungsprobleme für erforderlich, damit nicht das böse Beispiel nationaler Verfügungsgewalt Schule macht und die Allianz zerstört. Eine solche Gemeinschaftslösung, wie sie in der zur Zeit in Verhandlung begriffenen multilateralen Streitmacht angestrebt wird, ist infolgedessen ein wirksames Mittel, dem nationalen Atomwettrüsten entgegenzutreten und bessere Voraussetzungen für großräumige Vereinbarungen zur Verringerung der Gefahren eines atomaren Konflikts zu schaffen. Es muß sich dann aber um eine Gemeinschaftslösung handeln; eine nur bilaterale Vereinbarung dient diesem Ziel nicht und wird daher abgelehnt.

5. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekräftigt ihren Willen, die Europäischen Gemeinschaften zu stärken und so auszubauen, daß ein Vereinigtes Europa ein gleichwertiger Partner der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft wird.

Zu diesem Zweck müssen die vorhandenen Gemeinschaften vor jeder Aushöhlung bewahrt, in ihrem Innern gekräftigt und durch Ausbau der Befugnisse

und Direktwahl des Parlaments demokratisiert werden.

Im Rahmen der atlantischen Solidarität sollten die Europäischen Gemeinschaften schrittweise auch für die Fragen der Außenpolitik, der Verteidigung und des kulturellen Lebens gemeinschaftliches Planen anstreben. Die Mitwirkung Großbritanniens und anderer beitragswilliger europäischer Staaten in den Europäischen Gemeinschaften ist für die partnerschaftliche Stellung Europas zu Amerika und für den freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen Inhalt der Gemeinschaften dringend erforderlich. Die europäischen neutralen Staaten, welche die Vollmitgliedschaft nicht oder noch nicht erwerben wollten, sollten in angemessener Weise mit den Gemeinschaften verbunden werden.

6. Die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk ist die unentbehrliche Grundlage jeder europäischen Gemeinschaft. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt, daß ihr hundertjähriges Wirken für die deutsch-französische Freundschaft jetzt von der überwältigenden Mehrheit der Angehörigen beider Völker aufgenommen worden ist. Diese Freundschaft gehört hinein in den festen Rahmen der europäischen Gemeinschaft und der atlantischen Solidarität. So erst erfüllt sie ihren Sinn als Baustein für größere Gemeinschaften.
7. So wie der Aufbau einer Demokratie im freien Teil Deutschlands, die deutsch-französische Aussöhnung, die europäische Gemeinschaft und die atlantische Solidarität die Furcht vor dem deutschen Volk bei den früheren Kriegsgegnern im Westen überwunden haben, muß diese Furcht auch bei den osteuropäischen Völkern allmählich überwunden werden. Ohne die Überwindung dieser Furcht wird es im Herzen Europas keine gute Nachbarschaft geben können und ist auch die Einheit Deutschlands nicht zu verwirklichen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt



*Vizekanzler Willy Brandt informiert sich an Ort und Stelle über die Situation in der Bundeswehr. Von der Kanzel eines Panzers aus unterrichtet er sich über Gliederung und Aufbau einer Panzerbrigade.*

die Errichtung von Missionen der Bundesrepublik Deutschland in den osteuropäischen Staaten und hofft, daß der Ausbau kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zu einer weiteren Verbesserung des politischen Klimas beiträgt. Der Parteitag stellt fest, daß die Bundesrepublik Deutschland aus von Hitler erpreßten und gebrochenen Abkommen keine territorialen Ansprüche herleitet. Er bekennt sich erneut zum Heimatrecht aller Menschen und damit auch aller Deutschen und zur Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, die in ihre Obhut gegebenen Interessen unserer vertriebenen Landsleute wahrzunehmen. Es besteht kein Anlaß, einseitig Teile einer Friedensregelung vorwegzunehmen, die erst im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit verbindlich verhandelt werden können. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß auch der Ost-West-Handel einschließlich der Kreditpolitik eines größeren Ausmaßes an westlicher Solidarität und Organisation bedarf, um nicht kommerziell gegenüber einer straff geführten Zentralverwaltungswirtschaft ins Hintertreffen zu geraten, sondern für Handelszugeständnisse auch außerwirtschaftliche Gegenleistungen zu erlangen.

8. Das deutsche Volk braucht Vertrauen und Solidarität auch über den Kreis der engeren Bündnispartner hinaus. Da Solidarität nur auf Gegenseitigkeit beruhen kann, muß das deutsche Volk auch aus diesem Grunde bereit sein, seinen Anteil an der großen weltpolitischen Aufgabe zu erfüllen, den Entwicklungsländern dabei zu helfen, sich aus eigener Kraft ein menschenwürdiges Dasein erarbeiten zu können.

9. Für das Vertrauen Deutschlands ist auch sein Verhältnis zum Staate Israel entscheidend. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erwartet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel. Angesichts der Schrecken der Vergangenheit muß alles geschehen, um Deutsche daran zu hindern, an erneuten

Anschlägen auf die Überlebenden des jüdischen Volkes im Staate Israel mitzuwirken.

Der Parteitag begrüßt den von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf zu Artikel 26 GG und erwartet, daß er unverzüglich beraten und verabschiedet wird.

10. Der Parteitag ist sich bewußt, daß die Westmächte der Sowjetunion gegen ihren Willen keine Lösung der deutschen Frage nach westlicher Vorstellung aufzwingen können. Die Sowjetunion muß aber zur Kenntnis nehmen, daß sie dem Westen nicht die Hinnahme der Spaltung Deutschlands und das Herausbrechen des freien Berlins aus dem freien Westen aufzwingen kann. In dieser Lage muß die deutsche Frage offengehalten und müssen bessere Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des weltpolitischen Gesprächs zu ihrer Lösung geschaffen werden. Deshalb dürfen die Bundesrepublik Deutschland und ihre westlichen Verbündeten keine Position in Berlin und in der deutschen Frage aufgeben.

Das freie Berlin ist das Symbol dafür, daß die deutsche Frage nicht gelöst ist und unsere Landsleute in Mitteldeutschland und in Ost-Berlin auf die Wiederherstellung der Freiheit hoffen können. Deshalb muß alles geschehen, was die Lebenskraft Berlins stärkt, seine Zugehörigkeit zum freien Teil Deutschlands sichert und festigt und die Anwesenheit und Verantwortlichkeit der westlichen Schutzmächte im Rahmen der Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Berlin erhält.

11. Solange die Freiheit nicht für ganz Deutschland errungen ist, gilt es, die sich aus der Spaltung Deutschlands und der Teilung Berlins ergebenden menschlichen Probleme zu lindern. Die Erhaltung und Förderung der menschlichen Begegnungen dient der Wahrung der Einheit der Nation und macht sie der Welt sichtbar.

Der Parteitag dankt dem Senat von Berlin unter der Führung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt dafür, daß er gegen kommunistische Erpressungsversuche und unter Überwindung fatalistischer Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland geduldig, zäh und fest um das Zustandekommen der Passierscheinvereinbarungen zu Weihnachten 1963 und ihrer verbesserten Fortsetzung im Jahre 1964 gerungen hat. Die millionenfache Begegnung von Landsleuten aus den verschiedenen Teilen Deutschlands in den Familien Ostberlins stärkt den menschlichen und nationalen Zusammenhalt, schwächt den Griff der kommunistischen Gewalthaber auf die ihnen ausgelieferten Menschen und fördert die Sache der Freiheit und Einheit Deutschlands. Darum sind die Bemühungen um eine Begegnung der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands fortzusetzen; dabei kommt es vor allem darauf an, auch die Zonengrenze für menschliche Kontakte zu öffnen.

Der Parteitag appelliert an alle Landsleute, sich der nationalen und menschlichen Bewährungsprobe gewachsen zu zeigen, vor die uns die Aufnahme von Hunderttausenden auf Besuch kommenden alten Menschen aus Mitteldeutschland und Ost-Berlin stellt. Es gilt, diesen unseren Landsleuten zu zeigen, daß der freie Teil Deutschlands genauso ein Teil ihres Vaterlandes ist wie des unseren. Sie sollen sich im Kreise der Familie des deutschen Volkes daheim fühlen. Ohne propagandistische Effekte müssen wir alle uns ihrer annehmen. Soweit unsere Behörden den Gastgebern dabei zu helfen vermögen, sollten sie das so unbürokratisch wie nur möglich tun.

12. Der Parteitag stellt fest, daß auch in den Fragen der deutschen und internationalen Politik zuerst an den Menschen gedacht werden muß. Von der Überwindung der Not des einzelnen Menschen bis zum weltpolitischen Ringen um Abrüstung und Sicherheit bildet die Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein

Ganzes. Nach sozialdemokratischer Auffassung müssen gewährleistet sein:

- a) eine *Deutschlandpolitik*, die gleichermaßen die Zusammengehörigkeit unseres Volkes fördert und den Bemühungen um die Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung dient;
- b) eine *Europapolitik*, die weitere Schritte zur Vereinigung Europas und die schrittweise Verwirklichung einer Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage der Gleichberechtigung vollbringt;
- c) eine *Außenpolitik*, die Frieden, Sicherheit und Verständigung in West und Ost, Nord und Süd beharrlich anstrebt und durch deutsche Beiträge fördert.

Die Deutschland-, Europa- und Außenpolitik muß freigemacht werden von den lähmenden Einwirkungen, die heute noch infolge der inneren Spannungen, des Gezänks und der Machtkämpfe die gegenwärtige Bonner Koalition belasten.

## Aus der Rede Fritz Erlers am 24. November 1964

Die Entschließung „Deutschland und Europas Sicherheit“ war dem Parteitag vom Parteivorstand vorgelegt worden. Sie stammt im Wesentlichen aus der Feder Fritz Erlers. Ehe sie — nach Debatte und unter Einfügung einiger Verbesserungen — in der Arbeitsgemeinschaft A des Parteitages dem Plenum zur Annahme empfohlen wurde, hielt Fritz Erler, stellv. Parteivorsitzender, dazu die begründende Rede.

... Chruschtschows Sturz hat erneut sichtbar gemacht, welche schnelle Veränderungen drüben möglich sind, und hat uns gleichzeitig auch in einer erneut bestürzenden Weise den Unterschied klargemacht zwischen einer freiheitlichen Ordnung wie der britischen, wo in einer großen öffentlichen Diskussion ein Regierungswechsel von der Bevölkerung erzwungen wurde, und einem Regime, in dem das Volk die Absetzung seines Regierungschefs später erfahren hat als die Nachbarvölker, und in dem die Partei die Entthronung ihres Vorsitzenden auch erst nachträglich zur Kenntnis gebracht bekam. Ich erwähne das, weil ich der Meinung bin, daß trotz dieser Ereignisse drüben die Sowjetunion — oder sagen wir richtiger: Moskau — nicht wie in der Vergangenheit das einzige Befehlszentrum der kommunistischen Weltbewegung bleiben oder wieder werden wird. Ich will kein Wort zu einem Problem sagen, das wir in der Entschließung nicht behandelt haben: dem sowjetisch-chinesischen Disput.

Wir haben aber ein anderes Problem hier behandelt, nämlich die wachsenden Autonomietendenzen in denjenigen osteuropäischen Ländern, die, auch wenn sie von Kommunisten geführt werden, ein höheres Maß an nationaler Identität wiedergewonnen haben, als das noch

vor einigen Jahren der Fall war. Daraus ergeben sich für die deutsche Politik bestimmte Aufgaben und Möglichkeiten, zumal in jenen nichtrussischen osteuropäischen Ländern auch das Gefühl wieder lebendiger wird, bei aller Verschiedenheit der politischen Systeme doch ein Teil des europäischen Kontinents, der europäischen Völkerfamilie, der europäischen Zivilisation und Kultur zu sein.

Daher haben wir hier noch einmal klargemacht, wie notwendig und richtig es ist, daß die Bundesrepublik Deutschland dort physisch vertreten ist. Wir setzen uns ein für einen Ausbau der bereits bestehenden Kontakte und Verbindungen auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Wir haben hier nicht vor, den dritten Schritt vor dem zweiten zu tun. Jetzt sind die Missionen in den meisten dieser Länder erst eingerichtet worden. Sie müssen sich nun auswirken, und dazu muß auch die deutsche Politik von Bonn her einen Beitrag leisten.

Das zweite, was in dieser Entschließung eine große Rolle spielt, ist das Problem der atlantischen Solidarität. Wir brauchen sie, wie ich gestern dartat, um unserer Sicherheit willen, und wir brauchen sie auch um der Lösung der deutschen Frage willen.

In dieser Solidarität gibt es zur Zeit einige störende Momente. Dazu gehören Diskussionen, wie sie z. B. durch den derzeitigen Kurs der französischen Regierung ausgelöst werden. Wir haben hier versucht klarzumachen, daß die deutschen Sozialdemokraten mit ihrer stolzen Geschichte in der Bewahrung der deutsch-französischen Freundschaft keinen Anlaß sehen, diese Freundschaft irgendwo in Zweifel zu ziehen, daß sie aber das deutsche und das französische Volk gemeinsam davor warnen, nunmehr zu weit in die gleichen Fehler der Überschätzung der eigenen Bedeutung und der eigenen Möglichkeiten zu verfallen, die früher den beiden Völkern getrennt so sehr zum Verhängnis geworden sind. Das ist der zweite Komplex.

Der dritte ist nun eine praktische Nutzenanwendung aus dem Grundgedanken der atlantischen Solidarität für die gemeinsam zu organisierende Sicherheit. Wir haben all denen eine Absage erteilt, die glauben, man könne europäische Sicherheit ohne die aktive Verflechtung mit der Macht der Vereinigten Staaten von Amerika gestalten. Damit werden wir den heutigen geographischen Bedingungen dieses schmalen Landstreifens am Rande der eurasischen großen Landmasse nicht mehr gerecht. Der Atlantische Ozean ist für uns heute keine Begrenzung mehr. Er ist eine Art Binnenmeer für die atlantische Verteidigung im ganzen geworden. Beide Anrainer müssen zu ihrem gemeinsamen Schutz zusammenwirken. Jede Verteidigung braucht eine gewisse Tiefe. Diese Tiefe stellt für uns heute der Ozean dar. Ohne diese Abdeckung wäre Europa nicht zu schützen.

Es stellt sich nun seit einigen Jahren im Bereiche der gemeinsam zu organisierenden Verteidigung ein ganz bestimmtes Problem. Das ist die Rolle der nuklearen Komponente, der Atomwaffen, in diesem Komplex. Wir wissen alle, welche verhängnisvolle Bedeutung dem Wettrüsten allgemein und dem nuklearen Wettrüsten im besonderen für den Lauf der Weltereignisse zukommt, und bemühen uns daher — das ist auch in dieser Entschließung gesagt — um eine umfassende Abrüstung, von der wir wissen, daß sie nicht vom Himmel fällt, sondern daß sie nur Schritt für Schritt zustande gebracht werden kann. Dieses Bemühen um Abrüstung kann nicht bedeuten, daß der Westen einen lebenswichtigen Teil seines Potentials aus der Hand legt, während gleichwertiges Potential bei einem denkbaren Gegner erhalten bleibt. Das heißt: Abrüstungsvereinbarungen müssen auf Gegenseitigkeit beruhen, dürfen das weltpolitische Gleichgewicht nicht zerstören und müssen angemessen kontrolliert werden können, damit derjenige, der Verträge hält, nicht hereingelegt wird von einem, der sie bricht.

# „Zur Lage der Bundeswehr“

Entschleßung des Karlsruher Parteitages  
(23. - 27. November 1964)

1. Die Bündnis- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik ist vornehmlich eine Funktion der Gesamtanlage unserer Außen- und Wiedervereinigungspolitik. Die Einbettung der Bundeswehr in unsere gesellschaftliche und staatliche Struktur und das innere Gefüge (nämlich eine moderne, unseren heutigen Erfahrungen und Leitbildern entsprechende Menschenführung) der Bundeswehr stellt uns dagegen vor Aufgaben von vornehmlich innenpolitischer Bedeutung; Fortentwicklung und Konsolidierung der Demokratie in Deutschland hängen nicht zuletzt mit davon ab, ob und wie es gelingt, diese Aufgaben zu lösen.
2. Der amtliche Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages hat eine Reihe von Schwächen der Bundeswehr offengelegt; sie zu beseitigen, ist dringend nötig. Jedoch sollte niemand solche Schwächen als isolierte, nur auf die Bundeswehr beschränkte Erscheinung unseres gegenwärtigen staatlichen oder gesellschaftlichen Entwicklungsstandes ansehen; es gilt vielmehr zu erkennen, daß die Situation der Bundeswehr nur die allgemeine Lage in der Bundesrepublik widerspiegelt. Die Lage der Bundeswehr ist allerdings verschärft durch die Auswirkungen einer wegen eines vermeintlichen außenpolitischen Druckes seit vielen Jahren in Ausmaß und Tempo übertrieben forcierten und in der Summe der Vernachlässigung wichtiger Einzelfragen insgesamt leichtfertigen Verteidigungspolitik der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat den Grundsatz „Qualität vor Quantität“ keineswegs eingehalten. Es kann aber kaum daran gezweifelt werden, daß neben





der Bundeswehr auch andere große Bereiche unserer staatlichen Institutionen zur Zeit noch keineswegs alien legitimen Ansprüchen genügen. Wenn das Grundgesetz z. B. auch einen Justizbeauftragten des Deutschen Bundestages oder z. B. einen Beauftragten für das Schul- und Bildungswesen geschaffen hätte, so würden deren amtliche Berichte ähnliche Schwächen zutage treten lassen, wie dies hinsichtlich der Bundeswehr geschehen ist. *Die Bundeswehr befindet sich also nicht in einer grundsätzlichen Sonder-situation.*

3. Die gegenwärtigen Probleme der Bundeswehr sind lösbar; die gegenwärtigen Schwächen sind reparabel. Hierfür müssen zusammenwirken:

a) *Parlament und Regierung* müssen den Entschluß fassen, der Bundeswehr wirklich helfen zu wollen. Dazu müssen sie sich befähigen, aus eigener Anschauung die innere Situation der Bundeswehr zu verstehen; dazu sind häufige Kontakte mit Soldaten aller Dienstgrade nötig. Eine engere Verbindung zwischen Parlament und Truppe ist nötig — die Institution des Wehrbeauftragten ist dazu ein notwendiges Instrument; Institutionen allein reichen jedoch nicht aus.

b) Soldaten, Beamte, Angestellte und Arbeiter der Bundeswehr dürfen weder wegen der großen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, noch wegen der erheblichen öffentlichen Kritik resignieren. Sie müssen vielmehr wissen, daß in einem demokratischen Gesellschaftsgefüge — anders als früher in Deutschland — auch die Streitkräfte Gegenstand öffentlicher und zum Teil auch harter Diskussion sein müssen. Den Soldaten und Beamten der Bundeswehr ist Treue zur übernommenen Aufgabe kein bloßes Schlagwort; ihre Loyalität darf aber nicht mißbraucht, sie muß vielmehr so erschöpfend wie möglich zum öffentlichen Wohle genutzt werden.

*Helmut Schmidt, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion*

c) *Die öffentliche Meinung und alle Bürger schlechthin müssen wissen, daß der Bundeswehr nicht mit Schlagwort-Diskussionen geholfen werden kann. Vor allem kommt es darauf an, den Soldaten Vertrauen entgegenzubringen und ihnen dort, wo es nötig ist, beim Aufsuchen besserer Wege Hilfsbereitschaft zu bezeigen. Die Bürger müssen wissen, daß eine in ihrer Grundgesinnung demokratische Armee auf die Dauer nur dann möglich ist, wenn sie von einem in seiner Grundgesinnung demokratischen Volke akzeptiert wird. Dazu müssen die Bürger den Auftrag der Bundeswehr kennen und verstehen.*

4. *Die heute erkennbaren Schwächen unserer Streitkräfte liegen vornehmlich auf drei Gebieten: In der militärischen Organisation, im inneren Gefüge und in der Auswahl und Beschaffung der Waffensysteme. Die Probleme der Auswahl und Beschaffung sind nur zum Teil aus eigener Erkenntnis und eigener Kraft zu lösen; sie sind zum anderen Teil strategischer und bündnispolitischer Natur und insoweit nur im Zusammenwirken der NATO-Partner lösbar.*

5. *Die militärische Organisation unserer Streitkräfte ist zu kompliziert, in der personellen Besetzung im Verhältnis von Stäben und Truppe kopflastig und insgesamt zu schwerfällig. Eine der Ursachen dieser Umstände liegt im Verteidigungsministerium selbst. Das Fehlen eines von Bundesregierung und Koalition verhinderten Organisationsgesetzes hat im Ministerium zum organisatorischen Wildwuchs geführt. Dieser ist auch durch die organisatorischen Änderungen des Jahres 1964 nicht beseitigt worden.*

*Ein Organisationsgesetz muß u. a. das Ministerium als Spitzenorganisation der Streitkräfte in vier klar voneinander geschiedene Hauptabteilungen gliedern, nämlich:*

a) *Bundeswehrführungsstab (militärische Führungsorganisation – einschl. Sanitätsinspektion – unter dem Generalinspekteur);*

b) *Technik und Rüstung (Forschung, Entwicklung und Erprobung, Beschaffung);*

c) *Grundsatz-Planung (Gesamtverteidigung, langfristige Strategie, Rüstungskontrolle, Bündnispolitik, militärische Technik);*

d) *ministerielle Verwaltung (Haushalt, Haushalts- und Beschaffungskontrolle, Personal, Recht, Liegenschaften usw.).*

6. *Der Bundeswehrführungsstab ist entgegen bisheriger Praxis nicht ministeriell, sondern vielmehr nach den international anerkannten Grundsätzen militärischer Führung zu organisieren. Die ebenfalls militärisch zu organisierenden Führungsstäbe von Heer, Marine, Luftwaffe und Territorial-Organisation sind ihm zu unterstellen; jede Doppelarbeit in den Führungsstäben der Teilstreitkräfte ist zugunsten einer Konzentration im Bundeswehrführungsstab aufzuheben. Dieser muß sich aus Offizieren aller drei Teilstreitkräfte zusammensetzen. Im Hinblick auf eine ausreichende Vorbereitung deutscher Mitwirkung bei NATO-Entscheidungen bedarf vor allem das Arbeitsgebiet der operativen Planung des personellen Ausbaus.*

7. *Die Truppe muß von überflüssigem Papierkrieg entlastet werden. Er beruht wesentlich auf der Fehlorganisation und der falschen Geschäftsverteilung im Bundesministerium der Verteidigung. Die Truppe untersteht dem Bundeswehrführungsstab und den ihm nachgeordneten Führungsstäben und militärischen Kommandobehörden; darüber steht der Bundesverteidigungsminister bzw. sein Staatssekretär. Andere Abteilungen des Bundesverteidigungsministeriums sollen in Zukunft nicht das Recht haben,*

unmittelbar durch Erlasse, Richtlinien und dergleichen in die Truppe hineinzuregieren. In das ministerielle Verordnungsblatt für die Truppe ist nur aufzunehmen, was die Truppe wirklich angeht. Im übrigen sind allgemeine Weisungen aller Art in der Regel nur bis an die Korps, Divisionen und Brigaden zu richten; diesen muß aufgetragen werden, Weisungen in Befehle für die Truppe umzusetzen.

8. *Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie die Beschaffung von Waffen und Gerät* bedürfen umsichtiger Dispositionen. Dazu braucht man in der Hauptabteilung Technik und Rüstung Soldaten, Verwaltungsbeamte, Nationalökonomien, Naturwissenschaftler und Ingenieure gleicherweise. Nur im Zusammenwirken von geeigneten Menschen dieser verschiedenartigen Vorbildung und Berufserfahrung kann ein Optimum erwartet werden.
9. *In gleicher Weise muß eine neue Hauptabteilung für Grundsatz-Planung zusammengesetzt werden. Hier bedürfen vor allem die Arbeitsgebiete der Bündnispolitik und der internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung des organisatorischen und personellen Ausbaus*, damit wir unserer Rolle in der Allianz und ihren Gremien auf sorgfältige Vorarbeiten abstützen können.
10. Auch die Hauptabteilung Verwaltung bedarf der gemischten personellen Zusammensetzung. Hier muß endlich eine *weit vorausschauende Haushaltsdisposition* ermöglicht werden. Die Kontrolle des Haushaltsvollzuges ist zu verstärken; sie muß insbesondere zur Verhinderung ungerechtfertigter Rüstungsgewinne bei Lieferungen an die Bundeswehr dienen.
11. Das Schlüsselproblem für alle Fragen des inneren Gefüges liegt bei dem katastrophalen Mangel an voll ausgebildeten Führern und Unterführern in der Truppe. Die öffentlich angekündigte „Phase der

Konsolidierung“ hat kaum Fortschritte gemacht, weil bei Unteroffizieren, Feldwebeln und Kompanieoffizieren immer wieder neue Lücken entstehen. Deshalb muß die vollständige Ausbildung der vorhandenen Truppen und die Besetzung ihrer Fehlstellen absoluten Vorrang haben vor allen Neuaufstellungen. Zwei schlecht ausgebildete Bataillone mit vielen Fehlstellen im Unterführerkorps haben einen geringeren Wert als ein voll kampffähiges Bataillon.

12. Wenn die Truppe endlich zur Ruhe kommen soll, so brauchen wir mehr als bisher qualifizierte Männer, die den Beruf des Unteroffiziers ergreifen wollen. Dazu müssen die Ausbildung, die Aufgabenstellung innerhalb der Bundeswehr, die allgemeinen Lebensumstände der Unteroffiziere verbessert und damit ihr gesellschaftliches Ansehen gehoben werden. Der Beruf des Unteroffiziers muß attraktiv werden, damit er tüchtige, selbstbewußte junge Männer anziehen kann. Dazu hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bereits ein umfangreiches Programm vorgelegt. Insbesondere ist hervorzuheben:
  - a) Das Unteroffizierskorps ist das Rückgrat der Bundeswehr.
  - b) Es muß Allgemeingut werden, daß die jungen Offiziere in dem älteren Feldwebel ihren erfahrenen Kameraden sehen, von dem man etwas lernen kann. Erfahrene Unteroffiziere dürfen nicht bevormundet werden, sie brauchen einen selbständigen Verantwortungsbereich. Andererseits darf bei Unfällen und bei Vergehen gegen die Grundsätze moderner Menschenführung die Verantwortung nicht auf einen Unteroffizier oder Unterführer abgeschoben werden.
  - c) Die Wohnungs- und Familienfürsorge für verheiratete Soldaten muß wesentlich ausgebaut werden. Sogenannte „Soldaten-Gettos“ sind abzulehnen. Verheiratete Unteroffiziere dürfen nicht vor Ablauf amtlich festzulegender Mindest-

zeiten in andere Standorte versetzt werden. Für die Nichtverheirateten müssen in allen Kasernen Unteroffiziersheime und moderne Sportanlagen zur Verfügung stehen; die Truppenunterkünfte für unverheiratete Unteroffiziere bedürfen in vielen Fällen – wie auch für junge Offiziere – der Verbesserung und der Orientierung an dem Beispiel der in anderen gesellschaftlichen Bereichen für Alleinstehende errichteten Wohnheime.

d) Die Uniformen des Unteroffizierskorps sollen in Qualität und Ausstattung denen des Offizierskorps entsprechen.

13. Für den Offiziersnachwuchs sind bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Die vom Bundestag schon bei Beginn des Aufbaus der Bundeswehr einmütig aufgestellte Forderung nach einer akademischen Bildung muß endlich laufbahnrechtlich vorgeschrieben und verwirklicht werden. Eine einseitig nur auf das Waffenhandwerk abgestellte Ausbildung ist zwar zeitlich schneller zu erreichen, auf die Dauer des Berufsweges jedoch voll innerer Gefahren.

a) Die rein militärische Ausbildung bis zur Leutnantsbeförderung kann kurz sein. Der junge Leutnant soll jedoch nach einer kurzen Truppendienstzeit auf vier Semester zu einer Hochschule oder Universität abgeordnet werden. Für ihn ist ein auf den Offiziersberuf zugeschnittener, besonderer Studiengang mit Pflichtfächern einerseits und weiten Wahlmöglichkeiten andererseits einzurichten. Die neuen Universitäten können hier in Zusammenarbeit mit der Schule für Innere Führung Pionierarbeit leisten. Der Studiengang für Offiziere soll mit einer akademischen Prüfung abschließen.

b) Heute werden junge Kompaniechefs vielfach überfordert; die Kompaniechefs bestimmen aber

entscheidend das Betriebsklima der Bundeswehr. Deshalb darf nur ein lebens- und berufserfahrener Hauptmann zum Kompaniechef bestellt werden. Jüngere Offiziere dürfen nur in stellvertretender Weise und nur vorübergehend Kompanien führen.

14. Die formulierten Leitgedanken für die Menschenführung in der Bundeswehr und die allgemeinen Grundsätze der Inneren Führung bedürfen keiner grundlegenden Reform. Notwendig ist jedoch:

a) eine nüchterne Auswertung der Truppenerfahrung und der Zustandsbericht der militärischen Kommandobehörden durch in der Menschen- und Truppenführung erfahrene Offiziere, um die Postulate mit den tatsächlichen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen;

b) eine allgemeine Fortentwicklung der aufgestellten Grundsätze. Stillstand bedeutet auch hier Rückschritt.

Wer fortgesetzt die Truppe überfordert oder zu seiner eigenen Absicherung Befehle erläßt, welche die Truppe nicht voll erfüllen kann, ist als Vorgesetzter nicht geeignet, weil er den Gehorsam seiner Untergebenen untergräbt. Wer als Truppenführer solche Befehle ohne Gegenvorstellung hinnimmt, ist gleichermaßen nicht geeignet. Der Soldat ist nicht nur zum Gehorsam, sondern auch zur „Zivilcourage in Uniform“ und zur selbständigen Entscheidung zu erziehen. Auch im Bereich der Menschenführung ist „Auftragstaktik besser als Befehlstaktik“.

Wo allerdings einzelne Vorgesetzte in der Bundeswehr das in sie gesetzte Vertrauen enttäuschen oder gar die ihnen übertragene Befehlsgewalt missbrauchen, darf mit entschlossener Beseitigung solcher Mängel nicht gezögert werden.

15. *Das Klima in der Bundeswehr ist nicht nur abhängig von der Menschenführung durch die Vorgesetzten und von zwischenmenschlichem Verhalten aller Soldaten, sondern auch wesentlich als Resultat der Personalwirtschaft und des Beförderungswesens. Auf diesem Gebiete liegen entscheidende Verbesserungsmöglichkeiten. Unterschiedliche oder gar durch persönliche Beziehungen herbeigeführte Stellenbesetzungen und Beförderungen schädigen den kameradschaftlichen Zusammenhalt.*

- a) *Die Einzelbearbeitung und -entscheidung von Stellenbesetzungen und Beförderungen im Unteroffizierskorps muß weitestgehend dezentralisiert und in die Verbände delegiert werden.*
- b) *Offiziersbeförderungen bis zum Hauptmann einschließlich erfolgen in der Regel nach der für jeden Offizier zugänglichen Rangliste, die nach Abschluß von Ausbildung und Studium des Leutnants festzusetzen ist. Erst nach dem Stabsoffizierslehrgang ist auf Grund einer Gesamtleistung die Ranglistenstelle des Offiziers neu festzusetzen, sie bleibt bis zur Beförderung zum Oberstleutnant einschließlich maßgebend.*
- c) *In der Regel darf kein Soldat – abgesehen von seiner Ausbildungszeit – häufiger als einmal innerhalb von zwei Jahren zu einer anderen Einheit versetzt werden.*
- d) *Soweit nicht tatsächlich das Ansehen oder die Zuverlässigkeit gefährdet wird, dürfen Tatsachen im familiären und im privaten Bereich des Soldaten keine Rolle für personalpolitische Entscheidungen spielen.*
- e) *Die Besoldung aller Soldaten ist auf die Besonderheiten der militärischen Laufbahnen und auf die relativ frühen Pensionierungsalter abzustellen. Das während der Laufbahn insgesamt zu zahlende Gehalt ist stärker als bisher auf die jüngeren Alters- und Rangstufen zu verlagern.*



f) Die Familien der verheirateten Soldaten sind bei Erhaltung der freien Arztwahl – auch im Interesse der Berufserfahrung des ärztlichen Personals – in die Heilfürsorge einzubeziehen. Aus dem gleichen Grunde sollen die Lazarette der Bundeswehr in Krankenhäuser umgewandelt und auch für die Heilung ziviler Kranker verfügbar gemacht werden. Den Sanitätsoffizieren müssen gleiche Aufstiegschancen eingeräumt werden, wie sie allgemein für das Offizierskorps gegeben sind. Diese Maßnahmen dienen vor allem auch der Besetzung der erschreckend vielen Fehlstellen für Sanitätsoffiziere.

g) Die Personalabteilung des Bundesverteidigungsministeriums soll sich auf die allgemeine Personalwirtschaft und auf das Soldaten- und Laufbahnrecht konzentrieren. Offiziersstellenbesetzungen sollen im allgemeinen Sache des Bundeswehrführungsstabes und der ihm nachgeordneten Führungsstäbe sein.

16. Die Verwirklichung der Vorschläge dieser Entschlie-  
bung setzt Umschichtungen im Verteidigungshaus-  
halt voraus. Die Sozialdemokratische Partei ist be-  
reit, solche Umschichtungen herbeizuführen.

17. Die Bundeswehr braucht Wehrpflichtige, die den körperlichen Anforderungen des Dienstes gewachsen sind; auch deshalb müssen die Schulen endlich in ausreichendem Maße und regelmäßig Sport treiben. Ebenso müssen die jungen Soldaten ein hinreichendes Wissen mitbringen.

Vor allem aber darf die Bundeswehr erwarten, daß die jungen Soldaten eine elementare Vorstellung von den Rechten und Pflichten des Staatsbürgers besitzen. „Staatsbürger in Uniform“ sind nur möglich, wenn die jungen Männer auch schon vor ihrer Dienstzeit zu bewußten Staatsbürgern erzogen worden sind.

*Aus der Arbeitsgemeinschaft „A“ auf dem Karlsruher  
SPD-Parteitag; von links nach rechts: Oberst Manns;  
Frau Holborn; Oberstleutnant Holborn; Major Autenried*

Die älteren Soldaten sollen ermutigt werden, als Mitglieder von ehrenamtlichen Ausschüssen und von Gemeinderäten am kommunalen Leben teilzunehmen, um dem gegenseitigen Verständnis und dem *Interessenausgleich zwischen kommunalen Organen und Bundeswehr* zu dienen.

18. In dem Bewußtsein, damit der Demokratie und dem sozialen Rechtsstaat zu dienen, wird sich die Sozialdemokratische Partei weiterhin der *berechtigten Interessen der Soldaten* praktisch annehmen. Sie wird andererseits ihre parlamentarische Macht nachdrücklich dafür verwenden, daß die Grundsätze der Inneren Führung *voll verwirklicht* und weiterentwickelt werden. Sie wird schließlich auf allen Stufen des öffentlichen Lebens *dafür eintreten, daß die Soldaten mit den gleichen Rechten und unter gleicher Würdigung ihrer Leistung am Leben der Gemeinschaft teilnehmen und ihr dienen können, wie alle anderen Bürger auch.*

Helmut Schmidt:

## Was fehlt der Bundeswehr?

Auszug aus einem Aufsatz in  
„Armee gegen den Krieg“<sup>1)</sup>

*Klare Verantwortlichkeiten schaffen!*

Fehler in der militärischen Organisation, Fehler in der Spitzengliederung erzeugen natürlich einen besonders breiten Fächer von Unzuträglichkeiten. Sie wirken weit in den alltäglichen Dienstbetrieb der Truppe hinein. Die Starfighter-Tragödie des Jahres 1965 gibt dafür ein trauriges Beispiel.

Die in der Organisation des Bundesverteidigungsministeriums 1964 und 1965 vorgenommenen Änderungen haben zwar die Übersichtlichkeit ein wenig erhöht und den Zuständigkeitsdschungel ein wenig gelichtet, sie sind aber immer noch unzureichend. Nach wie vor sollte das Ziel aller Bemühungen um Organisationsreform eine Gliederung des Ministeriums in vier klar voneinander geschiedene Hauptabteilungen sein, nämlich:

1. Bundeswehrführungsstab (militärische Führungsorganisation – einschließlich Sanitätsinspektion – unter dem Generalinspekteur);
2. Technik und Rüstung (Forschung, Entwicklung und Erprobung, Beschaffung);
3. Grundsatzplanung (Finanzplanung, Gesamtverteidigung, langfristige Strategie, Rüstungskontrolle, Bündnispolitik, militärische Forschungsplanung);

<sup>1)</sup> Hrsg. von Wolfram von Raven, Seewald-Verlag, Stuttgart 1966

4. Ministerielle Verwaltung (Haushalt, Haushalts- und Beschaffungskontrolle, Personal, Recht, Liegenschaften usw.).

Im Bundeswehrführungsstab muß die militärische Führung so stark konzentriert sein, daß die durchaus zu beobachtende Tendenz zur Eigenentwicklung und zum Eigenleben der drei Teilstreitkräfte keinen Raum mehr behält. Nur das, was einer Teilstreitkraft eigentümlich ist, sollte jeweils an den Führungsstab dieser Teilstreitkraft delegiert werden. Insgesamt muß der Bundeswehrführungsstab so gegliedert werden und methodisch so arbeiten, wie es den militärischen Notwendigkeiten entspricht, und nicht nach der übrigens gerade im Bundesverteidigungsministerium ein bißchen zu minutiös und bisweilen nicht ganz richtig interpretierten „Gemeinsamen Geschäftsordnung“ der Bundesregierung. Man kann einen militärischen Stab nicht im ministeriellen Stil arbeiten lassen wollen. Das könnte man theoretisch dann, wenn man durch eine Reihe von Jahren hindurch die heranwachsenden Offiziere im Geschäft des ministeriellen Arbeitens und des Verwaltens ausgebildet hätte. Das hat man aber nicht getan, und das kann man auch in Zukunft nicht tun. Praktisch wäre aber — auch unter der vorgenannten Voraussetzung — eine ministerielle Funktionsweise meist zu schwerfällig; sie ist einem militärischen Führungsstab nicht zugehörig. Sie darf jedenfalls bei der Erfüllung derjenigen Aufgaben, die legitimerweise in die militärische Kompetenz fallen, die Initiative und die Verantwortung der militärischen Verantwortlichen nicht einschränken.

Der heute in der gesamten Bundeswehr zu beobachtende fatale Hang zum immer stärkeren Verwaltungsdenken hat zweifellos hier eine seiner wesentlichen Ursachen. Dieser Hang ist keineswegs nur bei den zivilen Kräften erkennbar; ein großer Teil des unnützen und überflüssigen Papierkrieges wird von Staboffizieren geführt, und das nicht nur im Verkehr mit Verwaltungsstellen, sondern durchaus auch innerhalb des rein militärischen Be-

reichs. Da wird in einer akribischen Weise angewiesen und befohlen, die oft den uns Deutschen nachgesagten Hang zum Perfektionismus in schönster Weise bestätigt. Dagegen lehrt man jedoch auf den Offiziersschulen und auf der Führungsakademie die großen Vorzüge der Auftragstaktik vor der Befehlstaktik.

Besonders gefährlich ist die Neigung vieler hoher Offiziere in den Stäben, aber auch mancher Truppenkommandeure, sich durch eine minutiöse Befehlsgebung abzusichern, die alles regelt und an alles gedacht hat und die nur den einen Schönheitsfehler aufweist, daß sie der Anpassung an die praktischen Möglichkeiten derer, die diese Befehle ausführen sollen, keinen Spielraum läßt. Wenn dann etwas schief geht, so liegt die Schuld formal natürlich bei denen, die jenen allzu komplizierten Befehl nicht bis auf den i-Punkt genau ausgeführt haben.

Diese Tendenz zu „Absicherungsbefehlen“ ist schlimm. Das Offizierskorps muß sich selbst dazu erziehen, sie für unehrenhaft zu halten. Bis zum ersten Weltkrieg einschließlich war es noch üblich, daß der Generalstabs-offizier der Division seine abweichende Meinung ins Kriegstagebuch schrieb, wenn der Kommandeur der Division anders befahl, als er es ihm angeraten hatte. Dieser Brauch ist leider abhanden gekommen. Wenn aber sich die Bundeswehr auf die Dauer gesund entwickeln soll, so darf es nicht nur das Recht eines Offiziers, sondern muß es geradezu seine Pflicht sein, dann jedenfalls Gegenvorstellungen zu erheben, wenn ihm ein Befehl gegeben wird, von dem er weiß, daß er nicht ausführbar ist. Zu den soldatischen Tugenden gehört eben auch Tapferkeit nach oben oder „Zivilcourage in Uniform“. Sie ist um so nötiger, als natürlich das langjährige Zuständigkeitsdurcheinander im Verteidigungsministerium und die ständige Überforderung aller Führungskräfte durch die überhastete Aufstellung der Verbände die Tendenz zur Flucht aus der persönlichen Verantwortung begünstigt und oftmals provoziert hat.



Im Interesse der eindeutigen Verantwortlichkeit sollte auch die Offiziersstellenbesetzung, soweit es sich nicht um die Spitzenpersonalia handelt, in die Hände des Bundeswehrführungsstabes und seiner nachgeordneten Dienststellen gelegt werden. Die Stellenbesetzung im Unteroffizierskorps muß dagegen in die Verbände delegiert werden. Denn nur so ist der Bundesverteidigungsminister oder der Generalinspekteur in einem Falle wie Nagold imstande, nicht allein den kleinen Schallwig oder den kleinen Raub schuldig werden zu lassen (die sicher zu Recht verurteilt worden sind), sondern auch den Bataillonskommandeur und den Brigadekommandeur anzufassen. Das kann er aber nur, wenn der Kommandeur seinerseits einen gewissen Einfluß auf die Personalstellenbesetzung gehabt hat und sich nicht damit exkulpieren kann zu sagen: Diesen Mann habe ich ja gar nicht haben wollen, den hat mir Bonn geschickt.

Deshalb genügt es auch nicht, an die Spitze der Personalabteilung des Bundesverteidigungsministeriums aus symbolischer Motivation einen Soldaten zu berufen, sie im übrigen aber bei unverkürzter Zuständigkeit als selbständige Abteilung direkt dem Staatssekretär zu unterstellen, wie es im Sommer 1965 geschehen ist. (Hier zeigt sich das komische, im Verteidigungsministerium — und nicht nur dort — geflissentlich weitverbreitete Mißverständnis des aus der angelsächsischen Staatslehre übernommenen Begriffs der „civil control“. Er bedeutet eben nicht, wie eine oberflächliche Übersetzung nahelegen könnte, daß Uniformierte durch Zivilisten, daß Offiziere durch Beamte kontrolliert werden müßten, sondern er ist sinngemäß zu übersetzen mit „politische Kontrolle“. Dieser politischen Kontrolle sind aber sowohl der zivile und der militärische Bereich der Exekutive gleichermaßen zu unterwerfen.) Die Personalabteilung muß auf Grundsatzfragen, Laufbahnrichtlinien und alle allgemein zu regelnden Dinge konzentriert werden. Die konkreten Einzelentscheidungen gehören in die Hand der militärisch Verantwortlichen; lediglich die Personalsachen der Spitzen (vom Oberst aufwärts) sollten

der Bearbeitung durch die Personalabteilung vorbehalten bleiben.

#### Langfristige Planung nötig

Umgekehrt steht natürlich auch eine gute, voll aufgestellte Truppe dann unter einem schweren Handicap, wenn ihre Waffen, Fahrzeuge und Geräte nicht befriedigen sollten. Die Bundeswehr braucht, um ihren politischen Zweck der glaubwürdigen Abschreckung zu erfüllen, eine erstklassige technische Rüstung und das jeweils bestgeeignete Gerät. Auf diesem Gebiet sind in der Vergangenheit eine Reihe von voreiligen Fehlentscheidungen vorgekommen, die zum Teil auf mangelnden Kenntnissen der Verantwortlichen beruhten, zum Teil aber auch darauf, daß sachfremden Überlegungen zuviel Einfluß bei der Beschaffung eingeräumt wurde.

Die bei der Umorganisation des Bundesverteidigungsministeriums im August 1965 geschaffene Hauptabteilung Technik und Rüstung muß wissen, daß künftig keine Produktions- oder Kaufentscheidung mehr ergehen darf, der nicht erschöpfende technische Erprobungen und Truppenversuche der Prototypen und Nullserien vorangegangen sind, und zwar in aller Regel auch auf deutschem Boden und unter deutscher Leitung. Niemals darf eine Waffe nur deswegen gekauft werden, weil sie im Lande X produziert wird und man sich diesem Lande X gegenüber schon vor der Erprobung aus politischen Gründen zur Abnahme verpflichtet hat.

Weiterhin sollte die neue Hauptabteilung Technik und Rüstung so schnell wie möglich die personellen und wissensmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen, um eine angemessene deutsche Mitwirkung bei gemeinsamen waffentechnischen Entwicklungen innerhalb der Allianz zu sichern. Für die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist es nötig, daß wir den Anschluß an den Fortschritt der technischen Wissen-

schaften nicht verlieren. Unsere Volkswirtschaft lebt heute noch weitgehend von technischen Fortschritten, die im Laufe zurückliegender Jahrzehnte gemacht wurden. Inzwischen hat aber allein die ausländische Luftfahrttechnik auf den Fachgebieten Leichtbau, Werkstoffe, Antriebsaggregate, Regelungstechnik, Elektronik, Navigation usw. außerordentliche Fortschritte gemacht, die sich in unschätzbare Weise auf die technische Gesamtentwicklung der Volkswirtschaften und deren Produktivitätssteigerungen auswirken werden. Wir brauchen vor allem auch unabhängige Forschungs- und Entwicklungsinstitute außerhalb des Staatsapparats, welche die Männer im Verteidigungsministerium beraten oder für sie Forschungsaufträge übernehmen können.

Der Mangel an wissenschaftlicher Grundlage besteht nicht nur im Bereich von Technik und Rüstungsbeschaffung, sondern er besteht im gleichen Maße auch bei der vorausschauenden Untersuchung der künftigen Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Felde der außenpolitisch-strategischen und der militärpolitisch-strategischen Fragen. Es ist kaum zu begreifen, daß immer noch keine deutsche „Rand-Corporation“ gegründet worden ist und daß Universitätsinstitute und Technische Hochschulen vom Bundesverteidigungsministerium nur ungenügend herangezogen werden.

Der französische Staatspräsident hat unmißverständlich dargelegt, daß er auf durchgreifende Änderungen der NATO-Organisation besteht. Anzeichen für seine in diese Richtung zielende Absicht gab es schon seit langer Zeit. Wo aber sind die Stellen in Deutschland, die rechtzeitig alle Konsequenzen analysieren, die sich im Hinblick auf die Struktur der Allianz, auf ihre Strategie und auf die Kompetenzverteilung innerhalb der Allianz aus dieser französischen Forderung ergeben könnten? Es genügt nicht, sich nur auf die wahrscheinlichste unter den verschiedenen Eventualitäten einzustellen, sondern man muß mit allen Alternativen rechnen. Führungskraft besteht wesentlich darin, seine eigene Situation,

seine eigenen Möglichkeiten und seine eigenen Mittel so einzurichten, daß man auf möglichst viele der verschiedenen zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten vorbereitet ist und ihnen gewachsen bleibt.

In der deutschen Außenpolitik wie auch in der deutschen Verteidigungspolitik, soweit sie Außenpolitik ist (oder, genauer gesagt: soweit sie Militärpolitik nach außen ist), fehlt es in der Führungsschicht bisher weit hin an der Erkenntnis, daß auf die Dauer Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik nicht von der Hand in den Mund gemacht werden können und daß es auf die Dauer auch nicht ausreicht, in paragraphenähnliche Form gegosene Grundthesen zu haben. Wenn man bei Entscheidungen, die man heute trifft, einigermaßen sicher sein will, daß sie über 1970 hinaus brauchbar bleiben, dann muß man klare Vorstellungen von den möglichen Welten des Jahres 1975 haben. Sie zu analysieren, darf man aber keinesfalls dem einzelnen Generalstäbler überlassen. Man darf es auch nicht ausschließlich Soldaten aufbürden. Weder ein einzelner noch eine rein militärische Institution kann beispielsweise mit ausreichendem Zuverlässigkeitsgrad abschätzen, welche neuen wissenschaftlich-technologische Erkenntnisse auf den verschiedensten Gebieten bis zum Ende der siebziger Jahre zu erwarten sind oder wie sich die politische Lage innerhalb des Ostblocks oder innerhalb des Westbündnisses bis dahin vermutlich gestaltet haben wird.

In den USA gibt es zahlreiche Institute, die sich mit derartigen Fragen beschäftigen und zu diesen Fragen eine ausgedehnte Literatur hervorbringen. In der Bundesrepublik gibt es kaum eine Handvoll Leute, die diese Literatur wenigstens gelesen haben. Aber nicht nur die USA, sondern auch Großbritannien und Frankreich sind uns auf dem Gebiet der langfristigen Analyse und der strategischen Grundsatzplanung um Riesenlängen voraus. Nachdem unsere Versäumnisse auf diesem Gebiet bisher am krassesten im Zusammenhang mit Fragen der Rüstungskontrolle nach außen hin in Erscheinung getre-

ten waren, haben wir es jetzt mit Ach und Krach zu einem Abrüstungsbeauftragten gebracht; er wurde mit Recht nicht dem Verteidigungsministerium, sondern dem Außenministerium attachiert. Zweifellos wird sich herausstellen, daß es nicht genügt, ein derartiges Amt zu schaffen und mit seiner Wahrnehmung einen tüchtigen Mann zu betrauen, sondern daß es vor allem einer tragfähigen Basis bedarf in Gestalt einer Einrichtung, die strategische Fragen aller Art (und Rüstungskontrollpolitik ist doch ein Bestandteil der Gesamtstrategie!) analysiert.

Daß wir von unseren Alliierten, wie erst unlängst bei der Genfer Abrüstungskonferenz, immer wieder überrascht werden, das liegt nicht zuletzt daran, daß wir nicht rechtzeitig mitdenken. Wenn man mit den USA verbündet ist und bleiben will, wenn man infolgedessen von ihren strategischen Entschlüssen außenpolitisch wie militärisch in starkem Maße abhängig ist, dann muß man sehr genau und sehr intensiv ständig verfolgen, was in den USA auf diesem Gebiet untersucht und diskutiert wird, um frühzeitig zu erkennen, mit welchen amerikanischen Entschlüssen man möglicherweise rechnen muß und um imstande zu sein, auf diese Entscheidungen Einfluß zu nehmen, solange die Probleme noch im Diskussionsstadium sind. Wenn sich in Washington schon eine Meinung gebildet und vielleicht sogar schon der Präsident sich öffentlich geäußert hat, dann führt es zu nichts, nun erst den eigenen Botschafter sagen zu lassen: „Wir sind dagegen!“ Das ist die beste Methode, um sich bei seinen Freunden unbeliebt zu machen. Wer die Strategie der USA beeinflussen will, der muß an der strategischen Diskussion dieses Landes teilnehmen.

Aus diesen Gründen brauchen wir im Verteidigungsministerium eine Hauptabteilung für Grundsatzplanung. Diese Apparatur sollte zahlenmäßig klein sein, aber sie muß aus hochqualifizierten Mitarbeitern bestehen. Ob ihr Leiter ein Soldat, ein Wissenschaftler, ein Diplomat oder ein Verwaltungsjurist ist, das spielt keine Rolle:

es kommt auf den Mann an. Es wird ohnehin höchste Zeit, daß innerhalb der Bundeswehr die „Rassenkämpfe“ zwischen den einzelnen Sparten von Staatsbediensteten endlich einmal aufhören. Die Hauptabteilung Grundsatzplanung braucht im übrigen keineswegs alles selbst zu machen. Sie sollte vielmehr für ihre Aufgaben so viel unabhängige Fachleute und soviel unabhängige Institute wie möglich heranziehen.

Es fehlte hierfür schon bisher nicht an Geld, denn die Forschungstitel des Verteidigungsministeriums sind recht beachtlich, zum andern aber wäre es durchaus vertretbar, pro Jahr einige Starfighter oder einige Panzer weniger zu bauen und statt dessen Studienaufträge zu vergeben.

Woran es fehlt, das ist die richtige Einstellung der politischen und der militärischen Führung. Es fehlt die Einsicht, daß man politische und militärstrategische Grundsatzprobleme nicht allein hinter verschlossenen Türen eines Ministeriums lösen kann. Die statistische Wahrscheinlichkeit, zu Irrtümern und Fehlentscheidungen zu kommen, ist um so größer, je kleiner der Kreis der an der Analyse beteiligten Personen ist. Deshalb ist auch die bei uns immer noch betriebene Geheimniskrämerei so gefährlich. Solange man die Diskussion strategischer Probleme bei uns mit einem Tabu belegt, solange wird man die Wissenschaftler kaum dazu anregen können, sich mit diesem Themenkreis zu befassen. Wie die Verhältnisse bei uns liegen, das zeigt drastisch die Äußerung eines Generals, der als Gutachter in dem unerfreulichen Untersuchungsverfahren gegen den „Spiegel“ auftreten sollte und hinterher erklärte, er hätte erst bei Gelegenheit seiner Arbeit als Gutachter gemerkt, was alles in Amerika und England über derartige Fragen veröffentlicht wird.

# „Deutschlandpolitik unter den sich ändernden welt-politischen Bedingungen“

Auszug aus der Entschleßung des Dortmunder Parteitages (1. - 5. Juni 1966)

## *Sicherheit und Abrüstung*

Auch wenn es ermöglicht werden kann, durch Rüstungs-begrenzung und gegenseitige Rüstungskontrolle ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte auf einer Ebene wesentlich herabgesetzter Rüstung zu stabilisieren, bleibt die Sicherheit und die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland von der gemeinsamen Fähigkeit der Atlantischen Allianz abhängig, andere von einem Angriff auf Mitgliedstaaten der Allianz ab-zuschrecken und notfalls die Territorien der Allianz-partner zu verteidigen. Wir wiederholen unsere Fest-stellung, daß dazu eine Aufgabenteilung unter den Partnern der Allianz zweckmäßig und für die Allianz als Ganzes ein ausgewogenes Verhältnis zwischen kon-ventionellen und atomaren Waffen notwendig ist. Die Sicherheit der Allianzpartner kann nur in enger militäri-scher Verflechtung untereinander und insbesondere in Verbindung mit dem Verteidigungspotential der USA gewährleistet werden.

Wir bedauern, daß sich Frankreich nunmehr weitgehend dieser militärischen Verflechtung entzieht. Wir hoffen, daß gleichwohl die bisher in der Bundesrepublik stationierten französischen Streitkräfte auch in Zukunft einer gemeinsam geplanten Verteidigung zur Verfügung ste-hen. Eine Rückkehr zum Besatzungsstatus können wir jedoch nicht hinnehmen.

Ungeachtet der gegenwärtigen bündnispolitischen Schwierigkeiten halten wir für wünschenswert, durch militärische Zusammenarbeit mit Frankreich, auch bei der Entwicklung und Produktion nichtnuklearer Waffen, eine möglichst enge Verzahnung herbeizuführen.

Die nukleare Frage innerhalb des westlichen Bündnisses muß unter dem Gesichtspunkt unserer sicherheitspoliti-schen Notwendigkeiten gesehen werden. Sie darf nicht unter Prestige Gesichtspunkten bewertet und beurteilt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland ist eine Beteiligung an der gesamtstrategischen Planung der Allianz aus folgenden Gründen notwendig:

- a) Die Strategie des Bündnisses ist für uns unter allen Umständen von lebenswichtiger Bedeutung. Daraus ergibt sich die Forderung auf volle Beteiligung an der Planung.
- b) Die deutsche Beteiligung kann sich auf eine wirk-same gemeinsame Planung beschränken. Die Gemein-schaftslösung des nuklearen Problems muß auf die abrüstungspolitischen Notwendigkeiten Rücksicht nehmen. Deutscher Mitbesitz an nuklearen Waffen ist nicht erforderlich und wird auch von uns nicht gewollt.
- c) Die Bundesrepublik Deutschland trägt besondere Verantwortung für das Überleben des ganzen deut-schen Volkes. Ihre Regierung muß daher ein Veto-recht ausüben können, wenn die Auslösung solcher Nuklearwaffen verfügt werden soll, die auf deut-schem Boden stehen oder gegen Ziele auf deutschem Boden gerichtet sind.

Eine Verzahnung der politischen Führungsstäbe der Bündnismächte auf höchster Ebene ist notwendig, ein-schließlich modernster fernmeldetechnischer Verbindun-gen und damit der Möglichkeit zu schnellstem Austausch von Anregungen, Bedenken und Entscheidungen. Die Bundesregierung muß an der Bewältigung außenpoliti-

scher Krisen, welche Deutschland betreffen, als Subjekt und nicht bloß als Objekt beteiligt sein. Daraus ergibt sich die Forderung nach Schaffung aller technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein unter den Regierungen des Bündnisses gemeinsames Krisen-Management.

## Aus der Rede Helmut Schmidts am 3. Juni 1966

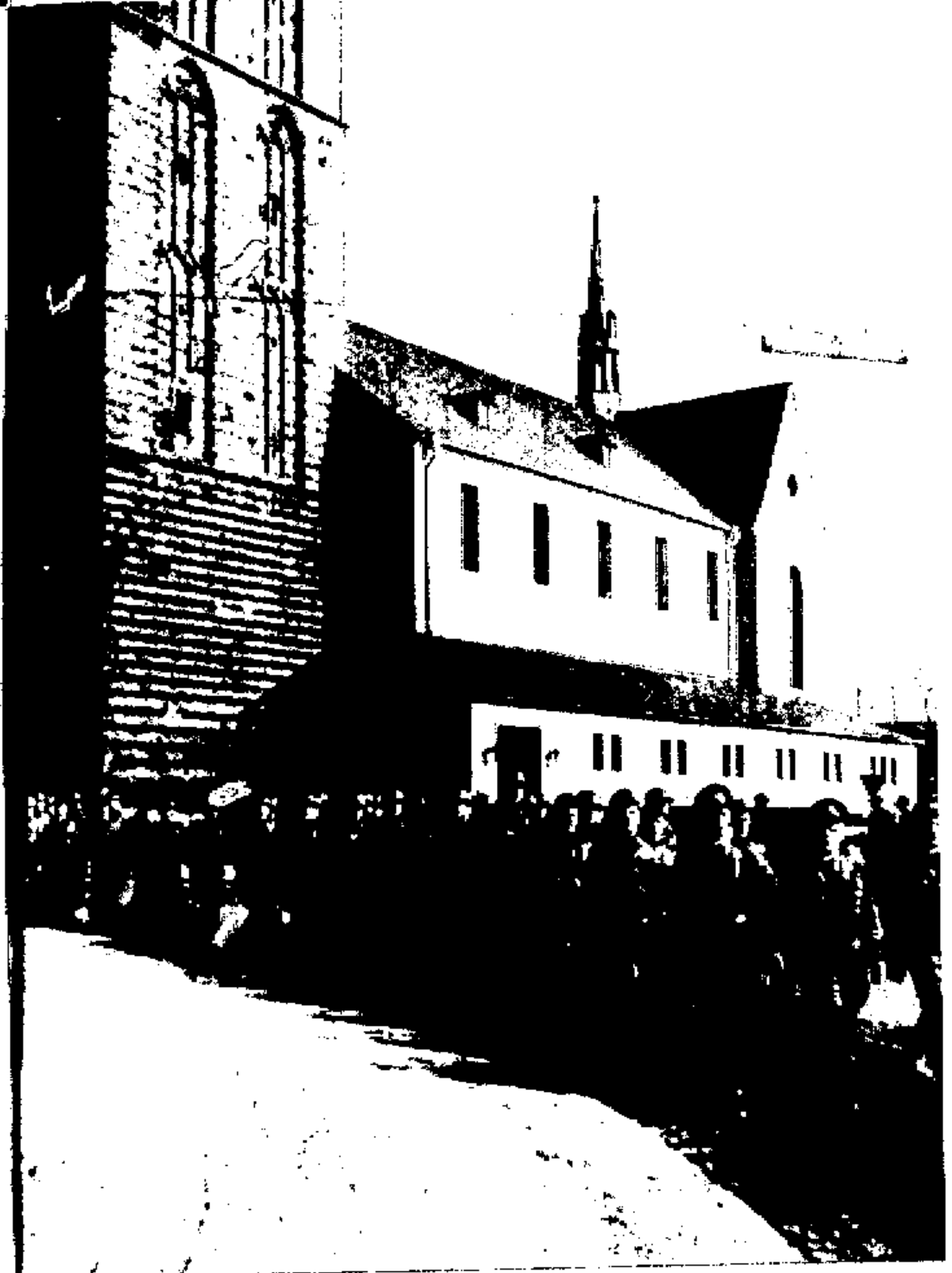
*Die Entschließung Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen war dem Parteitag vom Parteivorstand vorgelegt worden. Sie stammt im wesentlichen von Helmut Schmidt, der in der Arbeitsgemeinschaft B des Parteitages auch die begründende Rede hielt.*

Nun zur gegenwärtigen Weltlage und zur Lage Europas als der Rahmensituation, in der unsere Probleme gesehen werden müssen! Man kann heute kaum noch bezweifeln, daß die friedliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes nur in Zusammenhang mit einer Wiederherstellung Europas möglich sein wird. Europa ist gegenwärtig ein rein geographischer Begriff ohne politische Identität. Z. B. die Formel „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ ist ohne jedweden politischen Gehalt. Entweder reicht Europa politisch bis zur polnisch-sowjetischen Grenze oder aber schließt es die Sowjetunion ein, d. h. dann aber die ganze Sowjetunion; dann würde Europa bis an den Stillen Ozean und bis nach Wladiwostok reichen. Wenn man aber die ganze Sowjetunion in diesen politischen Begriff „Europa“ einschließt, dann muß dieser politische Begriff „Europa“ auch die Vereinigten Staaten von Amerika einschließen. Beide Weltmächte haben fast zwei Jahrzehnte lang sich vornehmlich in Mitteleuropa gegenseitig in Schach gehalten. Von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Weltmächten zueinander wird — in Gegenwart und Zukunft — auch die Lage Europas entscheidend beeinflusst, aber keineswegs ausschließlich von dem Verhältnis dieser beiden Weltmächte zueinander.

Der zweite Weltkrieg hat die Vereinigten Staaten endgültig aus ihrer isolationistischen Geschichte herausgelöst. Diese ursprüngliche Seemacht hat, als sie in den Krieg eingetreten ist, sehr schnell ihre militärischen Fähigkeiten bis zur Möglichkeit totaler Zerstörung eines Gegners entwickelt; darüber hinaus hat dieser Krieg die USA gezwungen, sich sowohl in Asien, als auch in Europa mit riesigen Armeen zu engagieren. Dieses Engagement hat verhindert, daß der zunächst eindeutig sowjetisch gesteuerte Kommunismus die beiden Kontinente überschwemmte. Für Asien war der Koreakrieg das auslösende Ereignis. Für Europa waren die auslösenden Ereignisse dieses massiven und permanenten amerikanischen Engagements etwas früher gelegen; es waren die Berlinblockade 1948/49 und die Begründung des Nordatlantikpakts 1949.

Etwa seit jener Zeit, seit der Begründung des Nordatlantikvertrages, wird die europäische Entwicklung, soweit es das Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander betrifft, durch drei deutlich unterscheidbare Phasen gekennzeichnet.

Die erste Phase stand unter dem Machtdruck der nach dem Krieg nicht demobilisierten sowjetischen Armeen. Dieser Machtdruck wurde aber aufgewogen durch die qualitativ andere Fähigkeit Amerikas zur weitgehenden Zerstörung, zu einer nuklearen Zerstörung einer über den ganzen Erdball eingekreisten Sowjetunion. Die Sowjetunion hat zu jener Zeit solche nuklearen Fähigkeiten nicht besessen. In dieser Lage mußte Moskau, als sich die Ergebnisse des Marshallplans schnell sichtbar abzeichneten und als die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik bevorstand, die Entwicklung als gefährlich empfinden. Diese Einschätzung der Lage hat zu den Noten vom Frühjahr 1952 geführt, in denen Moskau – mindestens dem Anschein nach – die Wiedervereinigung Deutschlands anbot. Ich sagte, dem Anschein nach; denn die Ernsthaftigkeit dieses Angebots wurde nicht erprobt, wurde nicht ausgelotet, weil man in Bonn und Washing-



*Eine Luftwaffenlehrkompanie auf dem Marsch*

ton glaubte, die wachsende militärische Stärke des Westens würde zu einer weit größeren Nachgiebigkeit in Moskau führen.

In der zweiten Phase ist jedoch das Gegenteil eingetreten, nämlich die Sowjetunion stieg in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu einer Nuklearmacht von globaler Reichweite auf. Damit wurde das bisherige Gleichgewicht zwischen konventioneller Sowjetarmee und nuklearer amerikanischer Obermacht gestört.

Zur Wiederherstellung des Gleichgewichts ist dann der Aufmarsch starker konventioneller Kräfte auch auf westlicher Seite erforderlich geworden. Andererseits hat in jener Phase die Sowjetunion, insbesondere ihre Führung durch Chruschtschow, die machtpolitische Bedeutung ihrer neugewonnenen Nuklear-Kapazität hoch überschätzt. Das hat zum Scheitern des Herterschen Friedenspaketes in Genf 1959, das hat zum Scheitern der Gipfelkonferenz zwischen Eisenhower und Chruschtschow in Paris 1960, zur Berlinkrise des Jahres 1961 und vor allem zur Kubakrise des Jahres 1962 geführt. Die Kubakrise beendete gleichzeitig die zweite Phase und leitet eine dritte Phase ein.

Beide Konfrontationen, Kuba sowohl als auch — in schwächerem Maße — Berlin, haben in den Machtgebieten beider Weltmächte endgültig zu jenem Bewußtsein erheblicher Interessenparallelitäten geführt, das schon während der Doppelkrise Suez—Ungarn blitzartig einmal aufgeleuchtet und dann wieder abgesunken war. Seit Kuba also sind sich beide Weltmächte endgültig über das Bestehen von Interessenparallelitäten im klaren. Kennedys Strategy for Peace ist dafür genauso Zeugnis wie der Moskauer Atomteststop-Vertrag von 1963 und die beiderseitige ernstliche Bemühung — z. B. jetzt in Genf — um das Zustandekommen eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung nuklearer Waffen.

Diese Interessengleichheit beruht ganz weitgehend auf dem, was wir das gegenseitige nukleare Patt nennen. Trotz gewaltiger militärtechnischer Fortschritte sind beide Weltmächte in ihrer Handlungsfreiheit einander gegenüber außerordentlich eingeschränkt, eben wegen der Gefährlichkeit dieser Mittel. Wenn man zurückblickt, kann man sagen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die anfangs der 50er Jahre unter Foster Dulles vom containment zum roll-back übergehen wollten, tatsächlich inzwischen wieder beim containment angekommen sind. Sie sind also dort, wo sie mit der Sowjetunion konfrontiert sind, zu der Zielvorstellung einer Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustands gelangt. Das Sendungsbewußtsein von Foster Dulles, der die Welt befreien wollte, ist heute eher einer skeptischen Beurteilung der eigenen Möglichkeiten gewichen, einer skeptischen Beurteilung, in der sich trotz des Anscheins tiefster Gegensätze sowohl Dean Rusk als auch William Fulbright durchaus begegnen.

Auch die sowjetische Machtelite hat aus der veränderten Weltlage Konsequenzen gezogen. Sie hat trotz großer Enttäuschungen die Ideologie einer kommunistischen Weltumwälzung sicherlich nicht aufgegeben. Aber die Manipulierung der Ideologie als Werkzeug zur Sicherung der Macht der Zentrale ist wichtiger geworden als der eigentliche Inhalt der Ideologie. Die Ideologie hat Werkzeugcharakter bekommen. Für die Außenpolitik Moskaus ist denn auch nicht die Ideologie die wesentliche Triebkraft, sondern für die Außenpolitik Moskaus kommen die entscheidenden Motive aus den nationalen Interessen der Sowjetunion.

Dabei sind gegenwärtig die Ziele, die Interessen der Sowjetunion — ähnlich wie in Amerika — beschränkt auf Konsolidierung des Besitzstandes. Diese Beschränkung ist nicht nur eine Konsequenz der Patt-Situation, von der ich sprach. Sie ist auch eine Konsequenz der gewaltigen Kräfteanspannung für den inneren wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß der Sowjetunion. Die

Sowjetunion ist genau wie Amerika zurückgekehrt zu einer Strategie des begrenzten Risikos — nach jener Unterbrechung in der Chruschtschow-Periode —; so in Berlin, so in Vietnam, so gegenüber Washington, so gegenüber Peking. Kossygins Bemühung und Erfolg in Taschkent z. B. zeigen die Sowjetunion als eine Status-quo-Macht.

Auch die Deutschlandpolitik Moskaus ist heute eine Status-quo-Politik. Sie ist trotz aggressiver Taktik keine Expansionsstrategie, sondern eine Bewahrungsstrategie. Sie soll die gegenwärtigen Positionen Moskaus in Mittel- und in Osteuropa konsolidieren. Moskaus Bemühungen um eine Isolierung der Bundesrepublik und um die Förderung der Furcht vor Deutschland, der Versuch zur Ausnutzung der Uneinigkeit innerhalb des Nordatlantikkpates dienen diesem gleichen strategischen Ziel wie auch die Versuche zur wirtschaftlichen Einschmelzung der Ostblockstaaten durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und wie auch die Versuche zur völkerrechtlichen Abstützung des Ulbricht-Regimes.

Das Frankreich de Gaulles ist für Moskau nicht so sehr ein Instrument zur Zerstörung der NATO als vielmehr ein Instrument zur Störung der NATO, ein Instrument zur Isolierung der Bundesrepublik und zur Schwächung der USA. Ich sage noch einmal: nicht zur Zerstörung der NATO. Letztlich wird in der gegenwärtigen Lage, von Moskau aus gesehen, die NATO auch als ein Instrument zur Disziplinierung der Bundesrepublik erscheinen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Europa müßte selbst eine Wiedervereinigung unter kommunistischer Ägide der sowjetischen Elite als sehr gefährlich und unerwünscht erscheinen. Umgekehrt könnte ein Machtzuwachs für Bonn aus sowjetischer Sicht ebenso sehr eine Bedrohung des Status quo und des Friedens in Europa sein.

Wir müssen die sowjetische Sorge vor einem Zugang der Bundesrepublik zu nuklearen Waffen ernst nehmen



aus ihrer Beurteilung der Situation, aus ihren Interessen heraus. Ich glaube auch, daß der politisch-psychologisch unausgeglichene Zustand Deutschlands wie Polens in Moskau Sorgen bereitet. Um so größerer Nachdruck wird deshalb in Moskau seit einer Reihe von Jahren auf den Versuch gelegt, die bestehenden Verhältnisse in Europa „festzuschreiben“.

Dabei hat die Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten einen unschätzbaren Vorteil, nämlich den, daß sie im Regime der sogenannten DDR einen am weitesten westlich gelagerten separatistischen deutschen Partner besitzt, der gleichfalls die Verhältnisse konsolidieren möchte, so, wie sie sind, während die Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik einen am weitesten östlich gelegenen Partner besitzen, der aus sittlicher Überzeugung die auf deutschem Boden bestehenden Machtverhältnisse geändert zu sehen wünscht.

Das hohe Risiko jeglicher außenpolitischer Bewegungsstrategie der beiden Weltmächte und die aus diesem hohen Risiko resultierende fast völlige Erstarrung ihrer europäischen Fronten hat andererseits nun den anderen Staaten Europas eine vor wenigen Jahren noch kaum vorausgesehene, wenn auch beschränkte, Ausweitung ihres vorher eingeschrumpften Handlungsspielraums eingebracht.

In fast allen Hauptstädten Europas — ich sage: in f a s t allen — ist ein Gefühl der Entspannung eingetreten; viele Regierungen halten gegenwärtig einen Krieg in Europa für den unwahrscheinlichsten Krieg. Von Kleinasien bis Skandinavien ist die Furcht vor sowjetischer Aggression spürbar und fühlbar im Rückgang; die öffentliche Meinung in vielen westlichen europäischen Ländern tendiert zur Unterbewertung der Verteidigungsnotwendigkeiten gegenüber der Sowjetunion und zur Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand Europas.

Die Vorstellung von einer hochgespannten antagonistischen Bipolarität, wie sie beinahe zwei Jahrzehnte lang

für Europa gegolten hat, weicht zur Zeit weitgehend dem Bewußtsein mindestens teilweiser „kooperativer Bipolarität“ — um einen Ausdruck von Weizsäcker zu gebrauchen — und der Erwartung einer multipolaren, polyzentrischen Machtverteilung. Paris und Bukarest haben diesen Prozeß am stärksten ausgebeutet, und sie haben gleichzeitig am stärksten dazu beigetragen, daß er sich entwickelte, offensichtlich ohne dabei Angst zu haben vor einer eigenen militärischen Verletzbarkeit und offensichtlich ohne Angst zu haben, daß sie dabei den Sicherheitsrückhalt der eigenen Bündnisvormacht aufs Spiel setzen könnten.

Mir scheint, daß andere Staaten möglicherweise diesem Beispiel folgen werden, wenn die gegenseitige Neutralisierung der beiden in Europa engagierten Weltmächte weitere Fortschritte machen sollte. Damit wird sich auch die Handlungsfreiheit der Bundesrepublik Deutschland erweitern. Es könnte sogar, wenn die Krise im Bündnis nicht schnell beseitigt wird, die weitere Entwicklung in Europa die Bundesrepublik erstmalig in den Zwang versetzen, ihre Außenpolitik vom Grunde her selbst konzipieren zu müssen. Insgesamt wird Europa in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts mehr Handlungsfreiheit haben als bisher, aber es wird eben auch mehr als bisher auf eigene Entscheidungen verwiesen sein. Je nachdem, wie diese Entscheidungen getroffen werden, können damit durchaus die Weichen für das nächste Jahrzehnt entsprechend gestellt sein.

Die Fortsetzung dieser Entwicklung ist so lange durchaus wahrscheinlich, wie der drohende Aufstieg Chinas zur nuklearen Weltmacht die Situation nicht grundlegend verändert. Daß er sie im Laufe der Zeit grundlegend verändern wird, ist nicht zweifelhaft. Ich möchte jedoch manche der voreiligen Prognosen nicht teilen. Aber selbst wenn ein steiler Aufstieg Pekings zur nuklearen Weltmacht stattfände, so würde das schon auf mittlere Sicht neue Interessengemeinschaften zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion herbeiführen, es

würde also prima facie die Situation in Europa nicht in der Grundtendenz beeinflussen. Beide Weltmächte, Moskau und Washington, bleiben durch ihre Rüstungen ökonomisch auf das stärkste angespannt; beide sind ernsthaft um den Weltfrieden besorgt; beide bleiben daher aus eigenem Interesse um allgemeine Rüstungsbegrenzungen bemüht; beide sehen die akuteste Gefahr zur Zeit in Asien; beide ringen um die Aufrechterhaltung ihrer Einflußsphären; beide ringen um die Aufrechterhaltung ihrer Bündnissysteme und um Stabilität. Gleichheit der Interessen aber ist immer ein sicheres Band zwischen Regierungen und Staaten, ganz allgemein gesprochen. Und ich meine, in diesem Falle ergeben sich daraus bessere Chancen für den Weltfrieden oder, praktisch gesprochen, bessere Chancen unter anderem für die allgemeinen Rüstungsbeschränkungen.

Nun hat das Bewußtsein von der relativen Friedlichkeit der Lage in Europa nacheinander in Frankreich, in England und in den Vereinigten Staaten die latente Tendenz zum Abzug eigener Streitkräfte aus der Bundesrepublik — sei es auch nur partiell — gefördert. Heute besteht — und zwar ohne daß östliche Gegenleistungen oder entsprechende Handlungen auf der östlichen Seite in Aussicht stehen — durchaus die Gefahr einseitiger westlicher Truppenverringerungen in Europa, durchaus die Gefahr aus einem zu optimistischen Einschätzen der friedlichen Situation, daß das Gleichgewicht beeinträchtigt wird und wir in eine Situation zurückkehren — wenn auch nicht so scharf —, wie sie früher schon einmal war.

Westliche einseitige Truppenverringerungen können nicht durch eine noch größere Anhäufung amerikanischer Nuklearwaffen in Mitteleuropa ausgeglichen werden. Wohl aber könnte in den Augen Dritter eine noch stärkere Massierung nuklearer Waffen z. B. auf deutschem Boden möglicherweise zu einer späten Rechtfertigung der großen sowjetischen Mittelstreckenbedrohung, die auf Europa gerichtet ist; oder besser gesagt: zu einem Vorwand für eine späte Rechtfertigung werden.

Auch ein Ersatz ausländischer Soldaten durch zusätzliche deutsche Truppen kann aus außenpolitisch-psychologischen Gründen, so meine ich, nicht in Betracht kommen: Je stärker wir militärisch würden, um so mehr würden wir uns isoliert sehen, auch im Verhältnis zu unseren bisher engsten Freunden, und um so mehr würden alle unsere Nachbarn in Europa Angst vor der deutschen Wiedervereinigung bekommen. Wir müssen aus diesen Gründen vor einseitigen westlichen Truppenabzügen dringend warnen. Die Sicherheit Westeuropas und auch die gegenwärtige „Entspannung“ in Europa hängen von der Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts in Europa ab. Auch wenn durch gegenseitig vereinbarte Rüstungsbegrenzungen und -kontrollen die Kräfte auf beiden Seiten auf ein niedrigeres Niveau abgesenkt werden, auch dann darf das Gleichgewicht dieser Kräfte nicht gefährdet werden, wenn nicht Europa und damit wir — wir zuerst — auf die schiefe Ebene kommen sollen. Deshalb müssen manche neue Ideen, die man z. B. aus Kreisen des amerikanischen Senats hört, immer bewertet werden unter dem Erfordernis der Äquivalenz und entsprechender sowjetischer Verringerungen in Mitteleuropa. Das ist militärisch nötig, das ist politisch nötig — das ist übrigens auch psychologisch gegenüber unseren Bundeswehrsoldaten nötig.

Unsere Sicherheit und unsere Handlungsfähigkeit hängen auch 1969 und später von der Fähigkeit der Allianz ab, andere von einem Übergriff auf Berlin und auf die Bundesrepublik abzuschrecken, auch von einem Druck auf uns abzuschrecken. Notfalls muß die Allianz in der Lage sein, unser Territorium zu verteidigen. Berlin bleibt eine gefährdete Insel, und eine allgemeine Ruhe in Europa schließt keineswegs neue Versuche zur sukzessiven Abschnürung und Eintrocknung Berlins aus. Keineswegs! Wir Deutschen sind deshalb am stärksten an der Überwindung der NATO-Krise interessiert.

Ein endgültiger Bruch zwischen der Allianz auf der einen und dem bisherigen Bündnispartner Frankreich auf der

anderen Seite wäre für uns Deutsche die allerschlimmste Entwicklung; nicht sosehr, weil das Bündnis etwa die Fähigkeit zur Verteidigung Europas verlieren würde — das wäre eine Übertreibung —, wohl aber, weil in einem solchen Falle die bisher gemeinsame westliche Position in der Berlinfrage und in der Deutschlandfrage ebenso zu Bruch gehen könnte. Allerdings — das muß man hinzufügen, das haben wir im Bundestag mehrere Male deutlich gesagt — können wir nicht akzeptieren, daß fremde Truppen, in dem Falle französische, ohne vertraglich festgelegten gemeinsamen Verteidigungsauftrag auf unserem Territorium bleiben. Sie wären dann ein Instrument zur bloßen politischen Kontrolle Deutschlands; das könnte später bedenklichen Charakter annehmen, von innenpolitischen Konsequenzen ganz zu schweigen.

Wir sollten uns allerdings nicht verhehlen, daß unsere Mitgliedschaft in der NATO und daß die Stationierung ausländischer NATO-Truppen auf deutschem Boden von Anfang an immer ein starkes Element der Kontrolle enthalten hat — für Freund und Gegner. Wer Sorge um die Sicherheit vor Deutschland hat, der ist beruhigt, solange die NATO nicht nur Sicherheit für Deutschland schafft, sondern gleichzeitig auch zu einem gewissen Maße Kontrolle über Deutschland. Wir können diese Sorgen anderer Völker und ihrer öffentlichen Meinungen nur schrittweise abbauen helfen. Dazu ist aber nötig, daß wir der Existenz dieser Sorge ins Gesicht sehen und uns davor nicht verstecken. Diese Sorgen beeinträchtigen nämlich ganz entscheidend den Willen aller anderen, uns auf dem Wege zu unserer Wiedervereinigung zu helfen.

Karl Wienand:

## Zum Problem der atomaren Mitbestimmung

Auszug aus einem Referat auf der wehrpolitischen Tagung der SPD am 1. Oktober 1966 in Münster

Zwei wesentliche Fragen unserer Dortmunder Entscheidung „Vetorecht“ und „Verzicht auf Mitbesitz“ möchte ich zum besseren Verständnis erläutern:

1. Frage Vetorecht: Dieses Vetorecht hat einen doppelten Sinn. Erstens wollten wir die Bundesregierung darauf aufmerksam machen, daß sie auf dem Gebiet der taktischen nuklearen Waffen, für die sie Trägerwaffen bereitstellt, ein solches Vetorecht besitzt, aber offensichtlich in der Vergangenheit sich keine Gedanken darüber gemacht hat, wie sie es anwenden kann, und ob sie es anwenden will. Es ist dies weniger ein militärisches als ein wichtiges politisches Problem. Zum zweiten würde ein Vetorecht, wenn eine deutsche Bundesregierung darauf besteht, voraussetzen, daß die deutsche Regierung in vollem Umfange über die Zielplanung unterrichtet wird, damit ein solches Vetorecht in nationalem Interesse und im Interesse des gesamten Bündnisses sinnvoll angewendet werden kann. Eine sinnvolle Anwendung eines solchen Vetorechtes setzt voraus, daß die deutsche Bundesregierung an dem Entscheidungsprozeß, soweit er die Bundesrepublik Deutschland betrifft, beteiligt sein muß.
2. Nicht-Mitbesitz: Volle Mitwirkung an der strategischen, damit auch nuklearen Planung im Gesamtbündnis setzt nach unserer Auffassung einen Mitbesitz an nuklearen Waffensystemen nicht voraus. Ein Krieg in Europa, der nicht verglichen werden kann

mit Kriegen in der Peripherie, etwa Korea oder Vietnam, würde entweder im Keime, in der ersten konventionellen Phase, durch ein wirksames Krisen-Management erstickt werden müssen, oder er würde sehr schnell in einen nuklearen Krieg ausarten, der selbst dann zu einer weitgehenden Zerstörung Westeuropas und Osteuropas führen würde, wenn es nicht zum vollen Einsatz der strategischen Waffensysteme der beiden Großmächte käme.

Die nukleare Abschreckung basiert heute auf dem überlegenen strategischen nuklearen Potential der USA. Konventionelle Abschreckung auf dem Vorhandensein ausreichender und einsatzbereiter Streitkräfte in Europa, denen in der Rückhand taktische nukleare Waffen zur Verfügung stehen. Die noch vorhandene Lücke im Bündnis ist das Fehlen eines funktionsfähigen Krisen-Managements. An dieser Situation würde ein deutscher Mitbesitz an zusätzlichen nuklearen Waffensystemen nicht das geringste ändern. Die Frage der nuklearen Garantie eines Staates durch einen anderen ist ein lange diskutiertes Problem. Ein Mitbesitz an nuklearen Waffensystemen des Staates, dem gegenüber die Großmacht USA eine nukleare Garantie aussprechen soll, erschwert dieses Problem, erleichtert es aber nicht. Denn nichts fürchtet die Regierung der Vereinigten Staaten mehr, als durch einen ihrer Bündnispartner oder einem Staat, dem sie eine solche Garantie geben würde, zu einer Entscheidung gezwungen zu werden, die die amerikanische Regierung aus vitalem Interesse vermeiden möchte oder muß. Nukleare Garantien wären nur von zweifelhaftem Wert, wenn die amerikanische Regierung das vitale Interesse an dem Gebiet verlieren würde, demgegenüber die Garantie eingegangen wurde. Schon vor über einem Jahr hat der amerikanische Delegierte bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, John F. Foster, in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ ausgeführt, daß die Wirksamkeit einer nuklearen Garantie innerhalb eines Bündnisses nicht größer sein kann als gegenüber einem neutralen Staat. Die entscheidende Frage ist das amerikanische Lebensinteresse.

Wenn man dies akzeptiert, dann müssen unsere Bündnispartner auch die entscheidenden Interessen unseres Staates akzeptieren, nämlich unser vitales Interesse an einer endlichen Wiedervereinigung unseres Landes. Für diese Frage aber, für die Deutschlandpolitik, würde ein Mitbesitz an zusätzlichen nuklearen Waffensystemen, vor allem an den strategischen Waffensystemen, und um die geht es ja in erster Linie, geradezu gegenteilige Wirkungen haben müssen. Er müßte das Mißtrauen gegen die Bundesrepublik Deutschland nicht nur im Osten, sondern, und das scheint mir entscheidend, vor allem bei unseren westlichen Bündnispartnern verstärken und uns eine breite Unterstützung und das Vertrauen aller unserer Nachbarn, ja der gesamten Weltöffentlichkeit, für unser Problem entziehen. Da die Lösung der Deutschlandfrage, wann auch immer sich eine Möglichkeit hierzu ergeben kann oder wird, eine Veränderung des Status quo in Europa notwendig macht, kann dies nur geschehen, wenn eine solche Veränderung zu einer *stabileren* Lage führt und daher im Interesse aller beteiligten Staaten liegt. Deshalb ist nach unserer Auffassung die Aufrechterhaltung der Forderung nach Mitbesitz an zusätzlichen nuklearen Waffensystemen nicht nur nicht nötig, sondern sie könnte zu gefährlichen Entwicklungen führen. Wir sind daher der Auffassung, auch im gesamtdeutschen Sinne zu handeln, wenn wir die Bundesregierung auffordern, eindeutig und klar auf einen solchen Mitbesitz zu verzichten.

# Aufgaben einer neuen Bundesregierung

Als Grundlage der Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung hatte die SPD-Bundestagsfraktion im November 1966 ein Acht-Punkte-Programm formuliert, von denen die ersten drei nachstehend im Wortlaut wiedergegeben werden.

Sie behandeln Fragen der Sicherheitspolitik.

1. Die Bundesregierung muß, um unserer äußeren Stabilität und Sicherheit willen, das Verhältnis zu Washington und Paris wieder in Ordnung bringen.

a) Die Entspannung in der Welt zu fördern, liegt im Interesse Deutschlands. Die Bundesregierung hat entsprechende Initiativen in ihrer Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik zu ergreifen. Dabei ist unsere Sicherheit aufrechtzuerhalten, die gegenwärtig nur im Rahmen des westlichen Bündnisses gewährleistet ist.

b) Unter diesem Gesichtspunkt muß die Bundesregierung mit allen Parteien des Deutschen Bundestages eine umfassende Bestandsaufnahme vornehmen. Dabei wird die Veränderung der politischen und militärischen Weltlage und die sich daraus ergebende Änderung der Voraussetzungen und Bedingungen für unsere äußere Sicherheit berücksichtigt werden müssen.

c) Die Bundesregierung muß versuchen, Vereinbarungen zwischen Ost und West über gleichwertige Truppenreduzierungen und Rüstungsvermindierungen auf beiden Seiten herbeizuführen. Dabei sollen Ansatz-

punkte für Fortschritte in der deutschen Frage erzielt werden.

d) Es gibt keine Sicherheit für Europa ohne die USA. Es bleibt trotz der über den Erdball reichenden Engagements der Vereinigten Staaten gemeinsames Interesse, den Frieden in Europa sicherer zu machen. Die eigenständige Entwicklung Europas wird zu einer entsprechenden Verantwortung führen müssen. Dabei ist eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Geiste gleichberechtigter Partnerschaft anzustreben.

Die Bundesregierung muß darauf hinwirken, den Frieden durch innereuropäische Normalisierung und Aussöhnung sicherer zu machen, um in diesem Rahmen die Spaltung Deutschlands zu überwinden.

Die Neubewertung der strategischen und politischen Gesamtlage ist den Problemen des Devisenausgleichs übergeordnet.

e) Frankreich hat an Gewicht und Einfluß gewonnen. Die Bundesregierung muß neue Formen für die gemeinsame Verteidigung suchen und damit das Verhältnis Frankreichs zum Nordatlantischen Bündnis nutzen.

Die französischen Truppen sollten auf deutschem Boden bleiben, solange es nicht überhaupt in Ost und West zum Abzug der fremden Truppen aus Deutschland kommt. Dafür sollten Frankreich keine überflüssigen Bedingungen gestellt werden.

Frankreich ist ebenso wie die USA an einer Überwindung der Spaltung Europas interessiert. Auf diese gemeinsame wichtige Richtung muß sich die Bundesrepublik in ihrer Osteuropa-Politik einstellen.

Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag muß voll genutzt werden. Dabei ist unverzüglich zu prüfen,

aa) auf welchem Gebiet eine deutsch-französische, nicht-nukleare Rüstungsproduktion ausgebaut oder begonnen werden kann und

- bb) welche gemeinsamen Projekte in der friedlichen Nutzung der Atomenergie, der Weltraumforschung, der Elektronik und der Luftfahrt durchgeführt werden können.
- f) Die Mitwirkung der USA in der europäischen Entspannung ist unentbehrlich. Die Bundesregierung muß ihre Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten, insbesondere mit Großbritannien, ausbauen.
- g) Die Stagnation der europäischen Einigungsbewegung muß überwunden werden. Mit der Herstellung eines neuen deutsch-französischen Verhältnisses sollte die Fusion der Europäischen Gemeinschaften und der Abbau der Zollbarrieren zu den EFTA-Ländern eingeleitet werden.

Die Bundesregierung wird die Bemühungen um Eintritt von Großbritannien und anderen EFTA-Ländern wirksam unterstützen.

2. Um der Stabilität des Bündnisses willen und als Beitrag zur Entspannung muß die Bundesregierung den Ehrgeiz auf atomaren Mitbesitz aufgeben.

- a) Jede Forderung auf nuklearen Mitbesitz oder nukleare Verfügungsgewalt der Bundesrepublik Deutschland ist unrealistisch, verhindert die Verständigung und Entspannung und hat daher zu unterbleiben.

Ein Atomwaffensperrvertrag, der die Bundesrepublik nicht diskriminiert, muß auch aus diesem Grunde unterstützt werden.

- b) Zur Erhaltung der Sicherheit Europas ist eine Aufgabenteilung unter den Partnern und für die Allianz als Ganzes ein ausgewogenes Verhältnis zwischen konventionellen und atomaren Waffen notwendig. Für die Sicherheit Europas bleibt ein Gleichgewicht zwischen Ost und West erforderlich.

- c) Die Bundesregierung muß in konsequenter Fortsetzung der Friedensnote vom März 1966 Vorschläge für die Reduzierung der Streitkräfte in Ost und West auf der Basis von Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit machen. Als Beginn eigener Vorschläge zur Rüstungsverminderung in Ost und West muß die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklären, den Personalstand der Bundeswehr nicht weiter zu erhöhen.
- d) Die Bundesregierung muß darauf bestehen, daß die Bundesrepublik voll und ohne Einschränkung an der friedlichen Entwicklung der Atomwissenschaft und Atomwirtschaft teilnimmt.

3. Die Bundesregierung muß aktiv für die Normalisierung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern und für die Versöhnung mit ihnen eintreten.

- a) Die Bundesregierung erstrebt volle diplomatische Beziehungen mit allen Staaten Osteuropas, die dafür keine unannehmbaren Bedingungen stellen. Bundestag und Bundesregierung sind die einzigen durch freie Wahl legitimierte Sprecher des deutschen Volkes. Daraus ergeben sich Rechte, vor allem aber Pflichten. Daraus ergibt sich nichts, was der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Osteuropa entgegensteht.
- b) Die Bundesregierung, die keinerlei territoriale Ansprüche gegen die CSSR erhebt, ist bereit, das Münchner Abkommen als rechtsunwirksam zu erklären, wenn die Rechtsfragen hinsichtlich von Staatsangehörigkeits- und Vermögensansprüchen, die durch dieses Abkommen und die Vertreibung entstanden sind, für die Sudetendeutschen in der Bundesrepublik befriedigend geregelt werden.
- c) Zur Normalisierung unserer Beziehungen zu Osteuropa muß die Bundesregierung eine Initiative zur Weiterentwicklung internationaler Rüstungsbegrenzung und -kontrolle und zum Austausch von recht-

lich bindenden Gewaltverzichtserklärungen ergreifen. Dies muß auch für den anderen Teil Deutschlands gelten.

- d) Die Bundesregierung muß sich darum bemühen, den Handelsaustausch mit den osteuropäischen Staaten zu erweitern und im Rahmen der EWG Einfuhren aus Osteuropa zu erleichtern.
- e) Die Bundesregierung muß Grundzüge einer friedensvertraglichen Regelung vorbereiten, mit ihren Verbündeten besprechen und in Übereinstimmung mit diesen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten erörtern, um eine Lösung der deutschen Frage vorzubereiten.

## Helmut Schmidt zu aktuellen wehrpolitischen Fragen

Interview, veröffentlicht im Januar 1967 in der Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft“

**Frage:**

Nach 10jähriger Aufbauzeit ist die Bundeswehr mit 12 Heeresdivisionen sowie entsprechenden Luftwaffen- und Marineverbänden funktionsfähig der NATO eingegliedert. Damit wurde das erste Nahziel der deutschen Verteidigungspolitik erreicht; die Bundeswehr ist in die Phase der Konsolidierung eingetreten. Die inzwischen deutlich gewordenen Veränderungen der weltpolitischen Schwerpunkte haben offensichtlich auch Konsequenzen für die Bundeswehr bezüglich ihres Beitrags zur europäischen Verteidigung, insbesondere für die territoriale Sicherheit unseres Landes, zur Folge. Inwieweit wird die neue Koalitionsregierung sich mit ihrer zukünftigen Wehrpolitik auf diese veränderte Situation einstellen?

**Antwort:**

Sie sagen, die Bundeswehr sei in die Phase der Konsolidierung eingetreten. Bisher sind jedoch handgreifliche Erfolge dieser Konsolidierung nicht sichtbar geworden. Ich gehe davon aus, daß der neue Bundesminister der Verteidigung die noch immer ungelösten Fragen, vor allem des Mangels an qualifizierten Offizieren und Unteroffizieren, der Organisation und des Managements in der Bundeswehr, ernster nehmen wird als sein Vorgänger und, falls erforderlich, drastische Maßnahmen einleitet, um die Lage in der Bundeswehr nun wirklich zu konsolidieren.

Die neue Bundesregierung wird im Rahmen ihres gesamtpolitischen Konzepts auch die Fragen der Sicherheitspolitik und den Auftrag neu durchdenken müssen, der in Zukunft der Bundeswehr gestellt sein soll. Das Er-

arbeiten einer neuen Verteidigungskonzeption erfordert unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen und unter der Prämisse einer aktiven deutschen Entspannungspolitik eingehende Analysen. Ich habe im Deutschen Bundestag während der Debatte zur Regierungserklärung am 15. Dezember die Regierung aufgefordert, im Laufe des neuen Jahres dem Deutschen Bundestag ihre Vorstellungen und Analysen zu diesen Problemen vorzulegen; ich erwarte die Antworten gegen Ende des Frühjahres.

**Frage:**

Für das Kabinett Erhard hat die Stabilisierung des Bundeshaushaltes bedeutende Schwierigkeiten bereitet. Das Verteidigungsbudget ist hierbei hinsichtlich seines Volumens heftig diskutiert worden. Darf angenommen werden, daß aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen heraus der Verteidigungshaushalt sich eher in der Höhe von 16 Milliarden DM als 20 Milliarden DM halten wird?

**Antwort:**

Ich möchte annehmen, daß für die nächsten beiden Jahre der Verteidigungshaushalt eher stagnieren als ausgeweitet werden wird.

**Frage:**

Bei einer Limitierung von 16 Milliarden DM stünde die Frage der Reduzierung der derzeitigen Stärke der Bundeswehr zur Diskussion?

**Antwort:**

Die Frage einer eventuellen Reduzierung der bisherigen Stärke der Streitkräfte der Bundeswehr ergibt sich weniger aus finanziellen oder wirtschaftlichen Gründen. Sie kann sich aus Gründen der angespannten Personallage und wegen ungelöster technischer Fragen, vor allem bei Instandhaltung und Betrieb moderner Waffensysteme, ergeben. Vornehmlich aber könnte sich aus

einer fortschreitenden Politik beiderseitiger Entspannung die Frage nach einer Reduzierung der Streitkräfte ergeben. In jedem Falle bedürfte es der Übereinstimmung im Bündnis — in keinem Falle sollte man sich aber der falschen Hoffnung hingeben, daß eine etwaige Reduzierung sofort zu wesentlichen Einsparungen führen könnte. Die Frage möglicher Einsparungen hängt viel entscheidender davon ab, ob es gelingt, in den nächsten Jahren bei der Bundeswehr moderne betriebswirtschaftliche und betriebstechnische Methoden einzuführen, die zu einem höheren Wirkungsgrad führen, also zu einem besseren Verhältnis von Aufwand und erzielter Leistungsfähigkeit.

**Frage:**

Bei den Koalitionsverhandlungen wurde Übereinstimmung darüber herbeigeführt, daß die Bundesrepublik Deutschland auch auf den Mitbesitz von Nuklearwaffen Verzicht leistet. Schließt dieser Beschluß, im Zusammenhang mit der gegenwärtigen amerikanischen Auffassung der Denuklearisierung der Bundeswehr, auch den Rückzug der taktischen Atomwaffen unter Kontrolle der USA ein?

**Antwort:**

Meine Forderung nach einem Verzicht auf den Mitbesitz an nuklearen Waffensystemen bedeutet nicht eine etwaige Änderung der bestehenden Verfahren und Einsatzplanungen auf dem Gebiet der taktischen Nuklearwaffen innerhalb der NATO. Welche Entwicklung sich auf diesem letzteren Gebiet in Zukunft vollziehen wird, ist noch nicht zu übersehen. Solange die USA Truppen auf dem europäischen Kontinent und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert haben, werden diese Streitkräfte sicherlich nicht von ihren nuklearen taktischen Unterstützungswaffen entblößt werden und es wäre daher kaum zu vertreten, daß verbündete Truppen, die Seite an Seite mit den Truppen der USA auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind,



auf die Unterstützung durch taktische nukleare Waffen verzichten sollen.

Von einer „Denuklearisierung der Bundeswehr“ ist mir nichts bekannt. Ich halte diese Vorstellung für abwegig. Die Bundeswehr verfügt, wie die anderen NATO-Streitkräfte auch, über Trägermittel für den Einsatz nuklearer Sprengköpfe, die im amerikanischen Besitz und unter amerikanischer Kontrolle verbleiben. Dies Schema gilt innerhalb des Warschauer Paktes in entsprechender Weise. Nur im Zuge einer beiderseits befolgten, gleichwertigen Rüstungskontroll- oder Abrüstungspolitik hielte ich Änderungen der gegenwärtigen Schemata für nützlich. Für die gegenwärtige Situation haben wir Sozialdemokraten zusätzlich zu den bisherigen Verfahren und Regelungen in der NATO ein Vetorecht für die Bundesregierung gefordert, d. h. das Recht, einen Einsatz nuklearer Waffen vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus oder gegen deutsches Territorium verhindern zu können.

**Frage:**

Ergibt sich für die dann verbleibende ausschließlich konventionelle Verteidigungsaufgabe der Bundeswehr eine Schwerpunktverlagerung in Richtung einer mehr autonomen territorialen Verteidigung?

**Antwort:**

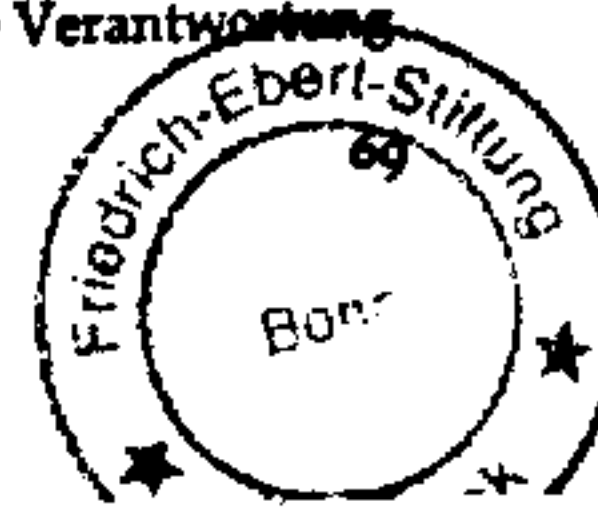
Meine Antwort zur vorherigen Frage machte schon deutlich, daß solche Vermutungen vorläufig in den Bereich der Spekulationen gehören. Welche Aufgaben die Bundeswehr in Zukunft zu erfüllen haben wird, ob sie hierzu umstrukturiert oder anders organisiert werden sollte und welche rüstungstechnischen und ausbildungsmäßigen Schwerpunkte sich daraus ergeben könnten, hängt davon ab, wie die zukünftige Verteidigungsstrategie im atlantischen Raum und in Europa aussehen wird, die den veränderten weltpolitischen Konstellationen und den Entwicklungen in Europa Rechnung trägt. Auch in Zukunft wird innerhalb des Bündnisses

Arbeitsteilung nötig sein. Das liegt für die Seestreitkräfte offen zu Tage; für die Luftstreitkräfte erscheint eine stärkere Arbeitsteilung als bisher jedenfalls möglich; für die Landstreitkräfte in Europa ist jedoch weder eine national verschiedenartige Aufgabenstellung wünschenswert noch eine verschiedenartige Gliederung und Bewaffnung.

Keinesfalls würde ich von einer Schwerpunktverlagerung auf eine „autonome territoriale Verteidigung“ sprechen. Wir Sozialdemokraten haben seit langem einen relativ stärkeren Ausbau der territorialen Verteidigung gefordert. Seit Jahren habe ich verlangt, und diese Forderung ist jetzt durch den neuen Außenminister, Herrn Brandt, wiederholt worden, daß wir uns nicht auf die nukleare Abschreckung allein verlassen dürfen, sondern die Fähigkeit zu konventioneller Verteidigung bewahren müssen.

Wie dies geschieht, welche Größenordnungen hierfür notwendig und zweckmäßig sein werden, kann nur im Rahmen der neuen gesamtpolitischen Konzeption entschieden werden. Jedermann in und außerhalb der Bundeswehr sollte sich immer darüber im klaren bleiben, daß die Bundeswehr ein Verteidigungsinstrument in der Hand der politischen Führung ist und daß die Aufgaben, welche die Bundeswehr in der Zukunft zu erfüllen hat, davon abhängen werden, welche politischen Entscheidungen die Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit den uns verbündeten Staaten treffen wird.

Um nicht mißverstanden zu werden, will ich zum Schluß noch einmal darauf hinweisen, daß ich jeden Diskussionsbeitrag zu den Fragen der Strategie und der Verteidigungskonzeption begrüße; denn die öffentlich geführte Diskussion gibt den Verantwortlichen Hinweise und Anregung. Die Bundesregierung selbst muß ihre Vorstellungen im Deutschen Bundestag und damit ebenso vor der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. Die Entscheidungen aber können nur von der politischen Führung getroffen werden. Sie trägt die Verantwortung



Wer Verantwortung trägt, muß wissen, daß im Rahmen einer gewollten Entspannungspolitik die Bundeswehr so defensiv wie nur irgend möglich strukturiert sein muß — daß aber die Balance der militärischen Streitkräfte in Ost- und Westeuropa nicht einseitig gefährdet werden darf.